

*Wer vom Kapitalismus nicht reden will,  
sollte in seiner Krise schweigen!*



*Zum 60. Geburtstag: BRD- und Krisenideologie*

*Flugbuch der redical M*

*zur »... ums Ganze!«-Kampagne gegen das Superjubiläumsjahr 2009*

*Wer vom Kapitalismus nicht reden will,  
sollte in seiner Krise schweigen!  
Zum 60. Geburtstag: BRD- und Krisenideologie*

*Flugbuch der redical M im Mai 2009  
zur »... ums Ganze!«-Kampagne gegen das Superjubiläumsjahr 2009*



*c/o Roter Buchladen · Nikolaikirchhof 7 · 37073 Göttingen  
email: [redical@ymail.com](mailto:redical@ymail.com)  
[www.redical.org](http://www.redical.org)*

# *Inhalt*

Intro .....	4
Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte in seiner Krise schweigen! .....	5
Die Geschichte der Krise ist eine Geschichte voller Missverständnisse .....	5
Marktwirtschaft heißt jetzt Krise ... aber geändert hat sich nix .....	6
Bürgerlicher Staat und kapitalistische BürgerIn – Ein Dialog mit sich selbst .....	9
Konkurrenz – Ein Hauen und Stechen um Wettbewerbsvorteile?! .....	10
Neoliberalismus – Kampfbegriff?! Wirtschaftstheorie?! .....	11
Nation und Nationalstaat – da ist mehr drin als du denkst! .....	12
Mittendrin statt nur dabei ... ..	12
Nationalismus als Integration des bürgerlichen Subjekts .....	13
Gesellschaft im Kapitalismus .....	15
Ende der Ideologien? .....	16
Alltagsreligion – die Vorstellung des „Is' so!“ .....	17
Ideologie als Herrschaftssicherung – ihre Funktionen und Wirkungen (ideologische Apparate) .....	18
Verhältnis von nationaler Ideologie und gesellschaftlicher Organisation .....	19
„Bewältigt wäre die Vergangenheit erst dann, wenn ihre Ursachen beseitigt sind.“ (Theodor W. Adorno) ....	20
60 Jahre BRD und kein Ende in Sicht ... ..	21
Deutscher Nationalismus in der Berliner Republik .....	23
Das bürgerliche Subjekt: „Geh erst mal arbeiten und halt's Maul!“ .....	25
Pimp your skills & back to the nature – Lebenslanges Lernen und doppelte Naturbeherrschung .....	26
Subjekt oder Nichtsubjekt, das ist hier die Frage .....	27
Krise des Kapitals heißt Krise des Subjekts .....	29
Conclusion ... ..	30

## Intro

*Im Jahr 2009 jährt sich zum 60. Mal die Gründung der BRD, was Anlass für eine allgemeine Selbstweibräucherung des „freiesten deutschen Staates“ in der Geschichte ist. Der Nationalsozialismus und die DDR werden als „zwei Diktaturen“ gleichgesetzt, denen die Deutschen gleichermaßen im 20. Jahrhundert ausgeliefert waren, ohne etwas dafür zu können. Aber die Geschichte ist vergangen und soll nach der herrschenden Auffassung nur dann auftauchen, wenn sie sich als politisches und moralisches Kapital der BRD in der Außenpolitik ertragreich einbringen lässt. Wenn es wieder einmal um die Durchsetzung von Kriegen oder nur der normalen außenpolitischen Interessenswahrnehmung geht. Gegen diese Jubiläumsfeierlichkeiten veranstalten wir eine antinationale und antikapitalistische Kampagne zur Verunglimpfung des Geburtstagskindes und wollen uns so als wenigstens ideelle Partycrasher engagieren.*



*Kapitalistische Gesellschaften und bürgerliche Staaten im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen stehen keinesfalls für die freie Entfaltung des Individuums ohne Not und Zwang, sondern für Ausbeutung durch Lohnarbeit und die Integration in ein nationales Zwangskollektiv, das den größten Akt der Barbarei in der Weltgeschichte begangen hat. Die vielbeschworene bürgerliche Freiheit und Gleichheit bezeichnet de facto nichts anderes als Freiheit und Gleichheit zur kapitalistischen Konkurrenz zwischen vereinzelt Individuen, die ihre materielle Ausbeutung und Unterdrückung ist.*

*Der materielle Erfolg der einen Person bedeutet notwendiger Weise den Misserfolg und damit missglückte Bedürfnisbefriedigung ihrer Konkurrenten. Der nationale Bezugsrahmen stellt die gesellschaftliche Organisation und den Zusammenhalt unter den Bedingungen der Konkurrenz sicher, weil Menschen die nichts als Konkurrenten sind keinen hinreichenden Grund für gesellschaftliche Kooperation haben. Das ist die Funktion der nationalen Ideologie, namentlich der deutschen. Ihre (Re-)Produktion erfolgt wesentlich über einen gemeinsamen Geschichtsbezug. Ein solcher wird maßgeblich durch gesellschaftliche Anlässe wie den 60. Jahrestag der BRD-Gründung gefördert.*

*Diesem Projekt nationaler Ideologieproduktion, wie es rund um das Jubiläumsjahr 2009 betrieben wird, verweigern wir und stellen uns entgegen. Wer den Nationalsozialismus in seiner Geschichte hat, kann immer auf ein noch größeres Übel verweisen. Der Verweis auf noch größere Unfreiheit und Unterdrückung kann aber kein Grund dafür sein, über die normale bürgerlich kapitalistische Unterdrückung und Unfreiheit zu schweigen.*

*Der folgende Text zielt auf eine Kritik an der kapitalistischen und nationalstaatlichen Verfasstheit der Welt im Allgemeinen und der deutschen Gesellschaft unter ihren postfaschistischen Bedingungen im Besonderen ab. In welchem Verhältnis stehen Staat, Nation, Gesellschaft und Kapital zueinander? Welche Rolle spielen dabei Ideologien, Subjekte und was sind sie eigentlich? Es handelt sich um eine Annäherung auf dessen Grundlage weitere genauere Ausführungen und Präzisierungen erfolgen können und müssen.*

## *Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte in seiner Krise schweigen!*

Oh, wie einfach könnte doch das Wirtschaften im Kapitalismus sein. Es wird nur ein Markt benötigt auf dem dann etwas feilgeboten wird und eine Person, die das Angebotene kauft und alle sind zufrieden. Das freie Spiel des Marktes sowie ein bisschen Nettigkeit, schon scheint die Welt in Ordnung zu sein. Der Lohn soll den Lebensunterhalt sichern und eine bürgerliche Existenz gewährleisten. Niemand müsste Not leiden. Warum das alles funktionieren soll, dass wissen scheinbar nicht mal die Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Politik und eigentlich interessiert es sie auch nicht. Für die/den NormalbürgerIn stellt sich diese Frage erst gar nicht, solange es funktioniert.

In der Nachkriegszeit ist die deutsche Wirtschaft bis auf wenige Ausnahmen immer gewachsen. Das Wachstum, so die Annahme, liege an den qualitativ hochwertigen Waren des inzwischen Ex-Exportweltmeisters. Doch kaum nachdem Deutschland durch die Reformen der Agenda 2010 für die Weltmarktkonkurrenz fit gemacht wurde und so gut wie alle Lebensbereiche den neoklassischen bzw. neoliberalen Dogmen der Effizienz unterstellt wurden, rempelt diese dämliche Finanzkrise seit Herbst letzten Jahres über die Welt und gefährdet gar den deutschen Aufschwung. Die schöne Modellvorstellung vom Kapitalismus funktioniert nicht mehr und die BürgerInnen bekommen es zunehmend mit der Angst zu tun. Jetzt ist sogar von einem Abflauen der Weltwirtschaft im Allgemeinen und einer Rezession in Deutschland im Speziellen die Rede. Banken gehen Pleite, die Autobranche stürzt ab und der Nationalstaat ist kräftig am Rotieren um milliarden schwere Schutzschirme für Banken und bedürftige Firmen zu errichten. Und das alles, so spitzfindige nationale Wirtschafts- und Politikkasper, weil die Finanzsphäre zu wenig reguliert worden sei. Gleichzeitig wird an die eigene Wirtschaft appelliert, ihrerseits moralisch zu wirtschaften. Das ganze wird dann als „neue soziale Marktwirtschaft“ verbreitet, um damit das vermeintlich Soziale in der Marktwirtschaft ideologisch zu betonen. Diese Krise ist die schlimmste seit 1929 (Weltwirtschaftskrise) wird beständig medial transportiert und als Horrorszenario samt scheinbar zwingenden politischen Folgen konstruiert.

Die Krise 1929, dass wissen die Deutschen, war schlimm und ermöglichte die demokratische Machtübernahme der Nazis. Schon werden die Bilder von Massenarbeitslosigkeit, hungernden Kindern in den Gassen und Essensmarken abgespult. Aber so schlimm wird es diesmal ja nicht werden. Die deutsche Gesellschaft hat ja dazugelernt und hat erkannt, dass bürgerliche Demokratie die einzig denkbare politische Form ist, die einen Ausgleich zwischen politischer Mitbestimmung und dem freien Markt gewährleistet. Doch der freie Markt ist insofern auch frei von moralischen Implikationen und die Waren, die getauscht werden auch. Dem Markt ist es egal, ob Gemüse, Autos, Waffen oder faule Kredite getauscht werden. Hauptsache der Prozess der Wertverwertung kann ungehindert seine Bahnen über den Globus ziehen. Dass der Kapitalismus, und das weiß inzwischen jede/r, keinen Halt vor nationalen Grenzen macht, wird diffus umschrieben als Globalisierung. Daher darf auch eine Immobilienkrise in einem Bundesstaat der USA auch nicht isoliert betrachtet werden, sondern kann infolge dessen Auswirkungen entfalten, die sowohl die Industriegesellschaften USA, Europa, Japan, als auch Schwellenländer wie China und Indien im Mark erschüttern – von Staaten der Peripherie erst gar nicht zu reden.

Der als neoliberal gekennzeichneten Wirtschaftspolitikform, wird jetzt mit staatlichem Regulierungswillen entgegengetreten und auch die Verstaatlichung, einem Begriffsrelikt, das eigentlich Deutschen nur geläufig ist als Gespenst des Realsozialismus der DDR, findet Eingang in den politischen Krisendiskurs. Kurzum, in ganz Europa werden Banken verstaatlicht und jede Nation guckt auf ihre Aushängeschilder der Wirtschaft, die es zu schützen gilt. Der Wunsch nach Kollektivität und geordneten Verhältnissen steht bei den BürgerInnen besonders in der Krise ganz hoch im Kurs. Doch wie konnte es dazu kommen?

## *Die Geschichte der Krise ist eine Geschichte voller Missverständnisse*

Die Theorie des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage ist heute in den Wirtschaftswissenschaften herrschende Lehre. Es ist innerhalb dieses Wissenschaftsbetriebs ein scheinbar unverrückbarer Glaube,

dass Angebot und Nachfrage in einem tendenziellen Gleichgewicht seien. Das Nichtzustandekommen des Tausches sei auf staatliche Interventionen, eine fehlende Markttransparenz, fehlende Informationen und zu hohen Lohnforderungen zurückzuführen. Nur ist die Produktion und der Tausch von Waren, inklusive der Ware Arbeitskraft, aber keine Sache die gleichzeitig vonstatten geht, sondern die Produktion von Waren und die Zirkulation im Tausch unterliegen einer zeitlichen Trennung. Dieses ist deshalb augenfällig, weil die gesellschaftlichen Bedürfnisse im Kapitalismus über den anonymen Markt befriedigt werden und die Produktion nicht durch gesamtgesellschaftliche Kooperation und Koordination organisiert wird. Die gleichzeitige gesamtgesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung weltweit ist daher unmöglich. Ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage ist also keine notwendige Folge der Marktaktivitäten. Wenn mal genau die Waren in passender Menge produziert wurden, die zahlungskräftig nachgefragt werden, so handelt es sich aufgrund der vielfältigen Marktbeziehungen um einen ziemlich großen Zufall. Hier wird deutlich, dass schon eine der Grundstrukturen der warenproduzierenden Gesellschaft und damit auch eine der bürgerlichen Grundannahmen kapitalistischen Wirtschaftens ein Krisenmoment enthält, das eine reale Gefährdung der Grundbedürfnisse für das Individuum mit sich bringen kann.

Unter kapitalistischen Gesichtspunkten wirkt sich ein Nichterfolg auf dem Markt für die Warenproduzierenden dramatisch aus. Die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse setzt den erfolgreichen Verkauf von Waren und sei es die eigene Arbeitskraft, voraus. Kapitalisten, die nicht verkaufen und Kapital akkumulieren können, sind die längste Zeit Kapitalisten gewesen.

### *Marktwirtschaft heißt jetzt Krise ... aber geändert hat sich nix*

Die ca. zweihundertjährige Geschichte des Kapitalismus ist geprägt von einem enormen Produktivitätsschub, der mit einer tendenziellen Abnahme menschlicher Arbeitskraft einherging. Die industrielle Revolution ermöglichte es immer mehr Waren in kürzerer Zeit zu produzieren und schuf somit eine neue gesellschaftliche Grundlage. Die moderne Industrie etablierte die Lohnarbeit als elementare Form der Überlebenssicherung für diejenigen, die nichts anzubieten hatten, außer ihrer Arbeitskraft. Dabei ist es erst einmal zweitrangig was konkret produziert wird. Allein ausschlaggebend ist, dass wertbildend produziert wird. Der Wert als abstrakteste Kategorie und als Maß des gesellschaftlichen Reichtums in der kapitalistischen Gesellschaft kann nicht unmittelbar gesellschaftlich erscheinen. Deshalb erscheint er als allgemeingültiges Äquivalent, als Geld, in verdinglichter Form. Die Substanz des Werts ist dabei die abstrakte Arbeit. Abstrakt ist sie deshalb, weil sie von der konkreten Arbeit eines Produzierenden absieht und weil Arbeit im Kapitalismus die Menschen zueinander in Beziehung setzt. Nur in diesem gesellschaftlichen Kontext, nämlich alle arbeiten auf der Basis kapitalistischer Produktionsweise, können Tauschende ihre Waren als Werte vergleichbar machen. Arbeit wird zum gesellschaftlichen Grund *par excellence*. Gleichzeitig strukturiert sie die Gedanken und Handlungen der Individuen. Historisch betrachtet wurden Massen an ArbeiterInnen unter das Joch der maschinellen Produktion gebracht und ihre Arbeitskraft verwertet. Unter miserablen Bedingungen wurde die Arbeitszeit der ArbeiterInnen ausgedehnt. Dies hat zur Folge, dass an einem Arbeitstag mehr produziert werden kann und der Mehrwert des Kapitalisten steigt. Moderne Arbeitsorganisationsformen, wie der Fordismus und Taylorismus, strukturierten gegen Ende des 1. Weltkriegs die Produktion innerhalb der Betriebe neu. Die Produktion wurde auf einfache Handgriffe am Fließband ausgelegt und die einzelnen Produktionsschritte möglichst effektiv strukturiert. Sinn dieser Neustrukturierung der Produktionsweise war es standardisierte Massenproduktion und -Konsumtion zu ermöglichen und damit mehr Kapital akkumulieren zu können. Beginnend in der Automobilbranche breitete sich die neue Produktionsform auch auf andere Waren aus und wurde in den westlichen Industrien zur Standardproduktion.

Unter den Vorzeichen der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahren, wurde in den westlichen Industrienationen auf mehr Regulation durch den Staat gesetzt. Die prägende bürgerliche Wirtschaftstheorie der Zeit wurde von John Maynard Keynes entwickelt. Der Keynesianismus basiert auf der Annahme, dass der Staat antizyklische Wirtschafts- bzw. Nachfragepolitik betreiben solle. In Krisenzeiten soll der Staat demnach Gelder locker machen und Zinsen senken, damit die Nachfrage angekurbelt und Investitionen getätigt werden können. In



Prosperitätsphasen soll der bürgerliche Staat, sofern möglich, sparen. Auch Fiskal- und Geldpolitik sollten je nach Phase eingesetzt werden, um die Schwankungen der Konjunktur auszugleichen. Fordismus und Keynesianismus waren gerade in den 1930er Jahren prägend für die allgemeine Wirtschaftspolitik. So verabschiedete die USA während der Weltwirtschaftskrise das Reformpaket des „New Deal“ als faktisch keynesianische Krisenantwort. Dieses umfasste Reformen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Investitionen ankurbelte und soziale Missstände weitgehend eibnen konnte.

Nach dem deutschen Vernichtungsfeldzug und der ihr innewohnenden Barbarei und der anschließenden Zerschlagung des nationalsozialistischen Deutschland durch die Alliierten, wurde Europa durch den Marshall Plan ab 1948 wieder aufgebaut. Das Programm beinhaltete Kredite, Rohstofflieferungen, Waren und Lebensmittel. Zudem konnten die USA ihre Überproduktion an Waren absetzen. In Deutschland agierte der Staat geprägt durch die faschistische Wirtschaftsordnung viel stärker als wirtschaftlicher Akteur. Viele Betriebe in der Stahl- und Kohleindustrie, sowie die Post und die Bahn waren im Staatsbesitz oder unterstanden wie VW staatlichem Einfluss. Damit begann eine Phase des Weltwirtschaftswachstums in bisher unbekannter Größe. Auch die BRD zog durch das Aufbauprogramm der Wirtschaft relativ schnell nach und etablierte die fordistische Produktionsweise.

Das Elementare am Fordismus ist, dass ein Großteil der gesamtgesellschaftlichen Arbeitskraft durch diese Produktionsweise eingesaugt werden konnte. Die Arbeitszeitorganisation hat im Laufe der Zeit ihre entfalteten Formen durch die Einführung des Schichtenmodells angenommen. Eine Ausweitung der absoluten Mehrwertproduktion, also die Verlängerung der Arbeitszeit etc., ist bei einer 24 Stunden Produktion nicht mehr möglich. Dieser Zustand wurde in Westeuropa in den 1970ern erreicht. Auf diese Weise kann der Unternehmer keinen zusätzlichen Gewinn bzw. Mehrwert abschöpfen. So bleibt dem Kapitalisten noch eine andere Möglichkeit, um den Mehrwert zu erhöhen. Die relative Mehrwertproduktion basiert auf der Intensität der Produktion, die durch Geschwindigkeit der Produktion und technischem Fortschritt bestimmt ist. Aufgrund der Konkurrenz unter den Kapitalisten, gleichen sich die Produktivitätsvorteile und damit Marktvorteile jedoch wieder aus. Ab Mitte der 60er und Anfang der 70er Jahre war der Arbeitsmarkt in Deutschland so gut wie leer gefegt und bot beste Bedingungen für Klassenkämpfe, die auch außergewerkschaftlich und außerparlamentarisch geführt wurden. Alle hatten ihr relativ gesichertes Einkommen und feste Arbeitsplätze, so dass den Kapitalisten Zugeständnisse durch

die günstige Situation der Arbeitskämpfe abgetrotzt werden konnte. Dadurch sind jedoch die Arbeitskosten für die Unternehmer gestiegen, die folglich höhere Preise für ihre Waren veranschlagten. Darauf reagierten wiederum die Gewerkschaften und forderten höhere Löhne, so dass eine Lohn-Preisspirale in Gang gesetzt wurde. Um sich unter diesen Bedingungen bei der Weltmarktkonkurrenz durchsetzen zu können, mussten sich die Unternehmer Produktivitätsvorteile durch technische Innovationen verschaffen. Diese Produktivität führt jedoch dazu, dass weniger Arbeit eingesaugt werden kann. In dieser Situation sind Investitionen für Innovationen und neue Technik zwingend für die Kapitalisten. Dieses beinhaltet jedoch eine Kapitalintensivierung, die durch Bankenkredite gewährleistet werden muss. Konkret bedeutet das die Flucht des Kapitals in die Zirkulationssphäre, den Finanzsektor, in der das Kapital herumirrt bis zu dem Moment, wo es durch neue Produktion verwertet werden kann. Verwertet werden kann jedoch nur die menschliche Arbeitskraft und die wird ab diesem Punkt der Produktivität weniger benötigt. In der gleichen Zeit ist eine zunehmende Internationalisierung der Produktion und Flexibilisierung des Finanzmarkts eingetreten bzw. wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen wurden geändert. Der Dollar als Weltgeld wurde 1973 von seinem Goldwert entkoppelt und ein neues Wechselkursystem und Institutionen wie die Weltbank und der IWF (Internationaler Währungsfond) wurden zur Kontrolle errichtet. Die USA konnten die Goldbindung ihrer Währung nicht mehr gewährleisten und kündigten die Verträge von Bretton Woods, die 1944 geschlossen wurden. Die Wirtschaftskrise der 70er war nicht nur bedingt durch den drastisch steigenden Ölpreis, den die OPEC (Zusammenschluss Erdöl exportierender Länder) festlegte, sondern war eine Krise der Überakkumulation. Die Ölkrise war nicht Ausgangspunkt der Wirtschaftskrise, aber ein Katalysator, der die Kosten der Produktion drastisch erhöhte. Das umhervagabundierende Kapital fand keine adäquate Verwertungsmöglichkeit in der Produktionssphäre, der so genannten Realwirtschaft. Die Folge war eine zunehmende Staatsverschuldung durch höhere Staatsausgaben, da der Sozialstaat die Existenz der freigesetzten ArbeiterInnen sicherstellen musste. In den 80er und vor allem in den 90er Jahren entwickelt sich die Produktivkraft, die die Welt nachhaltig verändern sollte enorm.

Die mikroelektronische Revolution revolutioniert die industrielle Produktionsweise und setzt Arbeitskräfte in unglaublichem Maße frei, wie dies sonst nur in Kriegen möglich war. Daraus resultiert zunehmende Arbeitslosigkeit und durch den Konkurrenzdruck bedingt, das Senken der Löhne. Der bürgerliche Staat in den westlichen Industriegesellschaften übernimmt im zunehmenden Maße nur noch die Verwaltung der Arbeits- und Erwerbslosen. Durch die Flexibilisierung der Finanzmärkte und das Aufblähen der Finanzmärkte durch immer mehr umherschwirrendes Kapital auf der Suche nach Verwertungsmöglichkeiten, werden neue Investitionsmöglichkeiten geriert. Der Neue Markt schien die Antwort auf alle Probleme zu sein und auch KleinanlegerInnen wurde erzählt, dass jetzt jede und jeder ein Stück vom großen Kuchen „Neuer Markt“ abbekommen könnte. Renditen im dreistelligen prozentualen Bereich schienen realisierbar. Die Asienkrise 1997/98 ließ ahnen, was noch passieren könnte. In den so genannten Tigerstaaten waren die Wechselkurse nicht mehr an ihre tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse geknüpft. Die ausländischen Kreditgeber verzichteten dabei auf eine Wechselkursabsicherung, so dass ein Preisverfall am Halbleitermarkt vor allem für Thailand, zur Abwertung der Aktien führte und damit Anreiz für Spekulationen bot. Gleichzeitig stiegen die Auslandsschulden und die Tigerstaaten mussten Stützkäufe tätigen. Daraufhin gerieten die Währungen unter Druck und ausländische Kredite wurden zurückgezogen. Nur durch milliardenschwere Hilfsprogramme des IWF und der Weltbank war es möglich die Tigerstaaten wieder zu stabilisieren. 2000/2001 platzte die Blase der New Economy und langsam stellte sich die bittere Erkenntnis ein, dass nicht alles Gold ist, was glänzt.

Die Flucht des Kapitals in die Finanzsphäre muss dabei als Versuch gewertet werden, die Krise des Fordismus in den 70ern zu überwinden. Die bürgerlichen Staaten schafften in diesem Zeitraum Anreizstrukturen für diese Form der „Kapitalbildung“, um die notwendigen Innovationen und neuen Techniken überhaupt einführen zu können. Dadurch wurde in der Alltagswahrnehmung eine abstrakte Trennung zwischen Produktion und Zirkulation vorgenommen. Dieses Verhältnis zwischen Produktionssphäre („Realwirtschaft“) und Zirkulationssphäre (Finanzwirtschaft) kann man sich vereinfacht als ein Gummiband zwischen den beiden Sphären vorstellen. Es kann eine Zeitlang gedehnt werden und passt sich auch dem Grad der Dehnung bis zu einem bestimmten Punkt an. Doch wenn dieses Band noch weiter gedehnt wird, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder es zieht sich ruckartig zusammen, was mit einer Rezession, einer längeren negativen wirtschaftlichen Entwicklung, sowie

hoher Regulation seitens der Staaten und einer Umverteilung in hohem Maße verbunden wäre oder es reißt. Der letztere Fall hieße als extremste Konsequenz das Ende des Wirtschaftssystems als langfristigen viele Jahre andauernden Prozess und den damit einhergehenden Folgen. Ob das Band zur jetzigen Zeit im übertragenden Sinne zurückschlägt oder gerissen ist, kann zurzeit noch nicht festgestellt werden. Fakt ist jedoch, dass sich die Situation der meisten BürgerInnen in den Zwangskollektiven der vorgestellten nationalen Gemeinschaften materiell eher verschlechtern wird, die sozialstaatlichen Fleischtöpfe kleiner werden und der bürgerliche Staat zunehmend autoritärer und repressiver agiert. Gleichzeitig zu dieser absehbaren Tendenz ist eine Rückkehr der Ideologien im Allgemeinen und der nationalen im Besonderen durch die Krise zu erwarten und damit tendenziell die kapitalistisch spezifische Regression des bürgerlichen Subjekts.

### *Bürgerlicher Staat und kapitalistische BürgerIn – Ein Dialog mit sich selbst*

Wenn allgemein vom Staat die Rede ist, erscheint den BürgerInnen dieser, als eine ihnen äußerliche Organisationsstruktur mit Funktionsträgern. In Form von Polizei, Bundeswehr, Verwaltung, Judikative, Legislative usw. soll der Staat das „Allgemeinwohl“ seiner BürgerInnen und das Zusammenleben regeln und bei Verstößen gegen diejenigen vorgehen, die gegen seine Gesetze verstoßen. Diese Funktion kann der bürgerliche Staat jedoch nur übernehmen, wenn dieser als hoheitliche Gewalt, als Staatsgewalt anerkannt wird und sich als Allgemeinwohl repräsentierend, legitimiert. Diese Anerkennung erhält er als scheinbar außerhalb der Gesellschaft stehender Schiedsrichter über Recht und Gesetz. Scheinbar deshalb, weil der bürgerliche Staat selbst durch die kapitalistische Gesellschaft gebildet wird. Als politische Form der bürgerlichen Gesellschaft muss der Staat zur Gesellschaft eine besondere Stellung einnehmen, um den gesellschaftlichen Zusammenhang im Namen des Allgemeinen organisieren zu können. Das Auseintreten von Staat und Gesellschaft ist das Ergebnis der gesellschaftlichen Praxis und muss immer wieder neu hergestellt werden, damit der Staat als ideeller Gesamtkapitalist agieren kann. Der Zustand der Trennung in der Einheit von Staat und Gesellschaft ist immer ein herzustellendes Ziel und kein irgendwann erreichter dauerhafter Zustand. In der vermeintlichen Trennung zwischen Staat und Gesellschaft tritt hervor, dass schon die Arbeitsteilung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit vollzogen wird. Diese Teilung kennzeichnet ein wesentliches Moment kapitalistischer Herrschaft – die Distribution von Eigentum und Produktionsmitteln. Der Staat selbst produziert keine Waren, sondern administriert und reguliert seine ihm innewohnenden Verhältnisse. Neuerdings gibt es den Trend geistige Arbeiten verstärkt in den Bereich körperlicher Arbeiten wieder einzugliedern, etwa im Bereich des Qualitätsmanagements beim Autobau. Die grundsätzliche Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit wird dadurch aber nicht aufgehoben. Das bürgerliche Individuum tritt im Kapitalismus als vereinzelter Privatproduzent auf den Markt, das seine Ware Arbeitskraft anbietet. Weil das bis auf wenige alle tun müssen, um Leben zu können, bedarf es einer Instanz, die die Gleichheit und Freiheit des Tauschs gewährleistet. Da dem Individuum im Tausch das Wissen um die Gesellschaftlichkeit des Handelns flöten geht, objektiviert es diese Verhältnisse und setzt den Warentausch im Kapitalismus als ein von der Natur aus gegeben Zustand voraus. Diese Objektbeziehung verfestigt der bürgerliche Staat als Rechtsbeziehung in Form von Freiheit und Gleichheit, die nach langen Kämpfen zu einklagbaren Grundrechten für alle wurden, sofern sie anspruchsberechtigt sind bzw. als anspruchsberechtigt angesehen werden. MigrantInnen ohne Aufenthaltserlaubnis werden beispielsweise als nur sehr eingeschränkt anspruchsberechtigt behandelt. Damit ist der moderne bürgerliche Staat Ausdruck einer bestimmten sozialen und politischen Form im Kapitalismus, nämlich der nationalstaatlichen. Diese beinhaltet Herrschafts-, Macht- und auch Ausbeutungsverhältnisse, die durch ihre Grundlage eine warenproduzierende Gesellschaft zu sein bestimmt ist. Gerade weil der bürgerliche Staat kapitalistischer Staat ist und damit seine eigene Existenzgrundlage im Wirtschaften seiner BürgerInnen liegt, als Steuerstaat, ist diesem auch materiell daran gelegen, dass es den BürgerInnen gut geht. Denn je höher die Einnahmen der BürgerInnen, desto mehr Geldmittel hat der Staat unter der Voraussetzung der Staatenkonkurrenz zur Verfügung. Die Geldmittel benötigt der bürgerliche Staat aber auch vor allem, um die Infrastruktur für sein nationales Kapital bzw. der hier ansässigen Unternehmen zu gewährleisten und zu verbessern. Das lässt den Staat und seine Institutionen häufig als Staat der Kapitalisten erscheinen, indem Staat und Kapitalisten in eins gesetzt

werden. Diese Sichtweise ist jedoch absurd, wenn das Verhältnis der Kapitalisten zueinander betrachtet wird, weil es kein einheitliches Interesse der Klasse der Kapitalisten gibt. Damit soll jedoch nicht behauptet werden, dass sich nicht einzelne Kapitalinteressen in Parteien, Verbänden, kurz in der politischen Form der Demokratie und seiner Institutionen verdichten und finden lassen.

## *Konkurrenz – Ein Hauen und Stechen um Wettbewerbsvorteile?!*

Das eiserne Gesetz kapitalistischer Produktion ist es aus Geld mehr Geld zu machen. Geschieht dies nicht oder in nicht notwendiger Höhe kann ein Unternehmen nicht existieren. Folglich verschwindet es vom Markt und ein anderes Unternehmen nimmt seinen Platz ein. Um den Profit den ein Unternehmen durch seine Arbeitskräfte erwirtschaftet nicht verpuffen zu lassen, kann der Unternehmer den abgepressten Mehrwert, den Wert der Arbeit, den der Kapitalist strukturell nicht entlohnt, nicht einfach in seine eigene Tasche stecken und sich ein schönes Leben machen, sondern muss investieren, um auf einer höheren Stufenleiter gegen die Konkurrenz anstinken zu können. Diesem strukturellen Zwang unterstehen alle Unternehmungen im Kapitalismus. Selbst ein Unternehmen,



das seinen ArbeiterInnen besonders hohe Löhne zukommen lassen will, weil der Chef ein „Menschenfreund“ ist, stößt an seine Existenzgrenzen, wenn sich das Unternehmen nicht auf dem Markt behaupten kann und keine Gewinne erzielt. Nicht umsonst wird von Marktmacht und Konkurrenzvorteilen gesprochen, wenn die Gewinne so investiert werden, dass sie zumindest kurzfristig zu dem angestrebten Ziel führen, den Konkurrenten zu übertrumpfen. Unter der Voraussetzung der Weltmarktkonkurrenz, wie sie seit der internationalen Flexibilisierung der Märkte, der Informationstechnologie und den Transportmöglichkeiten forciert wurde, wächst der Konkurrenzdruck rapide. Dadurch muss der Einzelkapitalist seine Kosten auf allen möglichen Produktionsebenen einsparen. Dies führt dazu, dass der Konkurrenzdruck sich materiell auf die ArbeiterInnen auswirkt und sich ihre Kampfsituation um höhere Löhne etc. drastisch verschlechtert. Damit einhergeht auch eine verschärfte Konkurrenzsituation zwischen den erwerbs- und arbeitslosen und den arbeitenden BürgerInnen. Damit sich die Kapitalisten jedoch nicht mit Waffen oder Privatarmeen einen Konkurrenzvorteil beschaffen, sichert der bürgerliche Staat ihren Tauschakten, in Form von Vertragsgarantien, einen rechtlichen Rahmen zu. Als ideeller Gesamtkapitalist gewährleistet der bürgerlich kapitalistische Staat den Unternehmen als Rechtssubjekte den ordnungsgemäßen und verfassungsrechtlich garantierten Handel und

Vertrieb von Waren und Dienstleistungen. Gleichzeitig steht der bürgerliche Staat in Konkurrenz zu anderen Staaten, die ebenfalls die bestmöglichen Bedingungen für die Kapitalakkumulation bereitstellen wollen. Damit hat auch das Sachzwangargument, dass der Standort Deutschland fit gemacht werden muss, seine materielle Wahrheit in der Konkurrenz und damit ist in den Voraussetzungen der warenproduzierenden Gesellschaft selbst schon der Sachzwang vorausgesetzt.

Dennoch ist der ideologische Charakter des Sachzwangsarguments in politischen Diskussionen kaum zu übersehen und wird auch universal eingesetzt.

Die Feststellung der vielfältigen Konkurrenz im Kapitalismus scheint bereits viele Fragen zu klären. Faktisch ist sie aber selber erklärungsbedürftig. Denn die Tatsache, dass die Menschen im Kapitalismus Konkurrenz ausgesetzt sind und sich auch so verhalten ist mehr als deutlich. Denn jedes Kind weiß, dass es selbst in der harmlosesten spielerischen Konkurrenzsituation sich einen Vorteil gegenüber seinen SpielgenossInnen verschaffen will. Es stellt sich daher aus kommunistischer Perspektive die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen, die die aktive Teilnahme an der gesellschaftlichen Konkurrenz überhaupt erst nötig und möglich machen. Das ist kurz gesagt, die Struktur der warenproduzierenden kapitalistischen Gesellschaftsformation in ihrer historisch-spezifischen Entwicklung.

## *Neoliberalismus – Kampfbegriff?! Wirtschaftstheorie?!*

Nicht erst, aber vor allem seit der Agenda 2010 der Rot-Grünen ehemaligen Bundesregierung geistert das Wort Neoliberalismus vehement durch die Stammtische, Medien, Politszenen usw. Neoliberal steht dabei für die böse Seite der Verwertung einer besonders perfiden Strategie der Ausbeutung der Herrschenden und wird als Synonym für die Zerschlagung des Sozialstaats und der „Ökonomisierung“ der Gesellschaft verwendet. Doch wie kann der Begriff Neoliberalismus jenseits von Projektionen und Zuschreibungen gefasst werden?

Vom Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts ausgehend, stand er für die freie Konkurrenz der Märkte. Die auch als „Laissez-faire-Liberalismus“ bezeichnete Form des Wirtschaftens, basiert auf der bürgerlichen Grundstruktur freier und gleicher BürgerInnen auf dem Markt. Der Staat habe sich, so die Forderung von Wirtschaftstheoretikern dieser Denkschule, nicht in die wirtschaftlichen Belange bürgerlicher Gesellschaften einzumischen, sondern soll als Nachwächterstaat agieren. Der Markt könne demnach, sofern dieser frei ist von staatlicher Intervention, seine wohlfördernde Wirkung für alle StaatsbürgerInnen voll entfalten. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise und vor allem während des Keynesianismus, wurde die Idee des „Laissez-faire-Liberalismus“ überdacht und die Rolle, die dem Staat zukommen sollte, wurde neu formuliert. Das „freie Spiel der Kräfte“ habe zu Monopolen geführt, die die Grundlage des freien Wettbewerbs beeinträchtigte. Daher solle der Staat die Grundvoraussetzung freier und gleicher Wettbewerbsbedingungen garantieren und im Notfall intervenieren. Der Markt ist in dieser Vorstellung die einzige Ordnung, die rational Ressourcen anwenden, gebrauchen und verteilen kann und gleichzeitig ist sie ein Garant für Demokratie und Freiheit.

In Deutschland tritt diese neoliberale Vorstellung einer Wirtschaftsordnung zum ersten Mal durch die Freiburger Schule auf. Ludwig Erhard, Bundeswirtschaftsminister (1949-1963) und anschließend Bundeskanzler der BRD (1963-1966), etablierte im Sinne neoliberaler bzw. wie es von der Freiburger Schule benannt wurde, ordoliberalen Vorstellungen, den Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“.

Jedoch äußert sich die ordoliberale Politik in der postfaschistischen Gesellschaft nicht als neoliberale Umstrukturierung wie wir sie kennen (Privatisierung etc.), sondern als Wirtschaftsaufbauprogramm mit Staatsbetrieben (der deutschen (Reichs-)Bahn, Volkswagen usw.) und einem auf gesellschaftlichen Frieden basierenden Umbau hin zum Sozialstaat.

In der neoliberalen Vorstellung müssen so genannte Marktfaktoren wie Arbeit, Ressourcen, Humankapital usw. dabei zugunsten der Marktwirtschaft angepasst werden. Die Individuen und ihre Handlungen werden hier als ökonomisch einsetzbare Marktfaktoren betrachtet, die optimal für den Markt zuzurichten sind. Dies war auch die zentrale Funktion der Agenda 2010 und ist die Bestrebung der Schwarz-Roten Regierung unter Merkel. Neoliberalismus muss dabei als wirtschaftspolitische Ideologie verstanden werden in der der Staat die

Konkurrenzbedingungen kapitalistischer Wertvergesellschaftung gewährleistet bzw. regelt und Flexibilität gegenüber dem Markt von seinen BürgerInnen verlangt. Gerade die Flexibilität der BürgerInnen herzustellen und damit auch deutlich zu machen, dass es keine materiellen Sicherheiten bis auf die bloße Existenz durch staatliche Absicherungen im Kapitalismus gibt, ist politisches Programm. Dabei zieht sich jedoch nicht wie angenommen wird, der bürgerliche Staat zurück, sondern weitet im Gegenteil seine ordnungspolitische Vorstellung aus. Beginnend bei Programmen des „Forderns und Förderns“ (ALG II, Jobcenter usw.) über den Zwang gesellschaftlicher Mobilität bis hin ins hohe Alter, sind die BürgerInnen angehalten, sich in den Dienst der „Allgemeinheit“ zu stellen und sich dem Markt anzupassen. Offensichtlicher kann Entfremdung nicht sein. Das Individuum als Anhängsel, als Objekt eines Prozesses, den es selbst in die Welt gesetzt hat und dessen Bewegungsgesetze es strukturiert und selbst durch diese strukturiert wird, hat seine Entsprechung in der wirtschaftspolitischen Ideologie des Neoliberalismus. Es ist die zur vollen Blüte gebrachte Vorstellung des Marktes als gesellschaftlich vermeintlich natürliche Ordnung. In diesen Tagen wird deutlich, dass die BürgerInnen das Geschehen von freien Märkten selbst in der Krise noch als Lösungsstrategie verstehen und noch härtere Konkurrenz, mehr „neue soziale Marktwirtschaft“ über sich ergehen lassen wollen, Gewerkschaften aufgelöst gehören, weil sie die Lohnkosten erhöhen und sich auch schon Kindergartenkinder mit dem Glaubensbekenntnis des freien Marktes auseinandersetzen haben. Die bewusste Bejahung dieser Grundsätze verweist auf den ideologischen Charakter dieser Grundsätze des Neoliberalismus. Diese ganzen Zumutungen werden in Kauf genommen, um nicht unterzugehen im Kampf um Arbeitsplätze, Standorte, dem Verlust von Humankapital („Zeit ist Geld“) – kurz gesagt für die kapitalistische Vergesellschaftung im nationalen Rahmen.

### *Nation und Nationalstaat – da ist mehr drin als du denkst!*

Die Nation bildet seit den Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhundert das zentrale Identitätsprinzip moderner Gesellschaften, als ein die Sozialstruktur übergreifendes Identitätsprinzip, das Gemeinschaftsgefühle bei den Angehörigen der nationalen Gemeinschaft stiftet. Die Industrialisierung, der tendenzielle Bedeutungsverlust der Religionen, die bürgerlichen Revolutionen und die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaften u.a. als historisch-gesellschaftliche Bedingungen waren Ausgangspunkte ihrer Durchsetzung. Unter „Nation“ wird hier eine „vorgestellte Gemeinschaft“ verstanden, die auf einer vorgestellten gemeinsamen Herkunft und oder gemeinsamer politischen Willensgemeinschaft beruht, die somit ihre Wirkung entfalten kann.

Notwendige Voraussetzung für die kapitalistische Gesellschaft und der, in ihr verallgemeinerten Konkurrenz auf allen Ebenen, ist dabei eine anerkannte gesellschaftliche Legitimationsgrundlage. Diese Legitimationsgrundlage ist die (deutsche) Nation als vorgestelltes Kollektivsubjekt, das alle Mitglieder der (deutschen) Nation umfasst und repräsentiert. Die Nation in diesem Sinne verstanden, erscheint in der gesellschaftlichen Wirklichkeit als (bürgerlich-kapitalistischer) Nationalstaat, der ihre politische Organisationsstruktur und Form bildet. Es gilt jedoch zu beachten, dass der deutsche Staat und die Nation nicht von vornherein als Einheit bestand, sondern erst hergestellt werden musste. Die Einheit von „Volk“ und Nation als politischer Allgemeinheit ist dabei nicht automatisch gegeben, sondern ist das Ergebnis gesellschaftlicher Praxis und konkreter Gewaltanwendung.

### *Mittendrin statt nur dabei ...*

Die Bildung nationaler Identitäten findet auf der Basis einer Kombination aus „ursprünglichen“, ethnischen, territorialen und sprachlichen Faktoren und Symbolen statt. Diese werden häufig als „natürliche“ und überhistorische Konstanten überhöht. Gesellschaftliche Wirkmächtigkeit erhält die besondere kollektive Identität durch ihre politischen Grenzen und Wertesysteme. Zwischen diesen beiden Polen besteht eine Spannung, deren Auflösung auf eine historisch spezifische Art und Weise die zentrale Aufgabe der Trägerschaft der kollektiven Identität ist. Die nationale Gesellschaft stellt eine solche historisch-spezifische Gesellschaftsformation dar.

Die Konstruktion nationaler Identität erfordert aber immer auch die Exklusion (Ausschluss) jener, die nicht zu ihr gehören. Keine Nation ist so groß, dass sie die gesamte Menschheit umfasst. Kollektive Identität setzt notwendiger Weise Nichtidentität voraus. Die Inklusion (Einschluss) der Angehörigen der Nation ist also immer zugleich die Exklusion von Angehörigen einer fremden Nation oder den Feinden der eigenen. Im extremsten Fall muss dieser Feind im Denken der Nationalisten vollständig vernichtet werden, wie das etwa im modernen eliminatorischen Antisemitismus angelegt ist. Historisch erfolgte die Gründung einer Nation häufig über den Krieg mit einem als Feind der eigenen Nation definierten Gegner. Die deutsche Reichsgründung 1871 mit dem deutsch-französischen Krieg ist dafür ein gutes Beispiel. Ebenfalls lässt sich die Selbstdefinition Deutschlands als Kulturnation mit einer ihr „organisch“ innewohnenden Sprache und Kultur mit den entsprechenden künstlerischen Ausdrucksformen fassen, die die gesellschaftliche „kulturelle Leistung“ gegen die kulturellen Praxen anderer Nationen in Stellung bringt.

Im Unterschied zu stärker politisch ausgerichteten Verständnissen von Nation, garantierte in Deutschland wesentlich die Teilhabe an der „deutschen Kultur“ die nationale Zugehörigkeit und weniger die politische Willenserklärung. Dass diese scheinbar gewachsene Kulturnation erst durch die Anwendung von staatlicher Gewalt zusammengefügt wurde, spielt dabei keine Rolle. Im alltäglichen Bewusstsein ist die Nation stets auf den Nationalstaat als politische Form bezogen. Dieser scheint die Existenz der jeweils besonderen national verfassten bürgerlichen Gesellschaft überhaupt erst zu ermöglichen.



### *Nationalismus als Integration des bürgerlichen Subjekts*

Als „Nationalismus“ wird hier eine Integrationsideologie verstanden, die auf die eigene Nation und auf den Nationalstaat bezogen ist und diese über andere Nationen stellt. Die eigene Nation wird maßgeblich in Konkurrenz mit anderen Nationen gesehen und ihr Erfolg als primäres Ziel bestimmt. Weil der Nationalstaat die bürgerliche Gesellschaft stiftet, ist der Staatsbürger als Subjekt an den Erfolg des Staates gebunden. Dem liegt das Verständnis zu Grunde, dass das Subjekt Angehörige/r eines Nationalstaats ist. Diese Vorstellung ist zwar ideologisch, weil sie den Konstitutionszusammenhang zwischen bürgerlicher Gesellschaft und modernem Staat

auf den Kopf stellt, allerdings enthält sie insoweit ein im negativen Sinne wahres Moment, dass, obwohl letztlich Ergebnis gesellschaftlicher Praxis, der Staat in der Wirklichkeit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft immer schon da ist, wie beim Wettlauf zwischen Igel und Hasen. Er ist als politischer Organisationsrahmen der bürgerlichen Gesellschaft dieser logisch und praktisch vorausgesetzt. Unter entfremdeten gesellschaftlichen Verhältnissen erlischt der geschichtliche und konstruktive Charakter des Staates ebenso wie seine Konstitution durch gesellschaftliche Praxis. Vielmehr tritt er den Individuen als ihnen äußerliche Macht und quasi allmächtiges Subjekt gegenüber, das die Gesellschaft als Ganzes repräsentiert. Der politische Vermittlungs- und Konstitutionsprozess ist in der gesellschaftlichen Erscheinung des modernen Staates ausgelöscht, weshalb dieser Schein zusätzliche materielle Wirkmächtigkeit erhält. Der Staat erscheint nicht nur als Handelnder, er ist es unter diesen entfremdeten und objektivierten Verhältnissen auch. Obgleich durch gesellschaftliche Praxis konstituiert, besitzt er aufgrund seiner Verselbstständigung eine tendenziell eigenständige Handlungs-, Entwicklungs- und Funktionslogik. Am Beispiel des Standorts – fit – machen wird dies offensichtlich. Denn hier greifen bürokratische Institutionen im Namen einer bestimmten Arbeits- bzw. Sozialpolitik ein, die von den BürgerInnen nur bedingt als die von ihnen gewünschten Ziele legitimiert wurden. Die Spezifik des demokratischen Nationalstaats liegt hierbei in der Repräsentation durch VertreterInnen des bürgerlichen Allgemeinwohls. So ist der Wunsch nach Vollbeschäftigung zwar eine politische Leitlinie für alle Parteien, kann aber nur sehr eingeschränkt über staatliche Maßnahmen etc. hergestellt werden. Dies kann und will der bürgerliche Staat unter seinen Voraussetzungen von Freiheit und Gleichheit nicht gewährleisten. Es ist dennoch die zentrale Figur politischer Argumentation, wenn es um die Repräsentation des Allgemeinwillens geht und damit um die gesellschaftliche kapitalistische Grundlage materieller Existenz – die Arbeit. Das Fehlen oder Nichtfunktionieren eines Nationalstaates ist in der nationalstaatlich verfassten kapitalistischen Welt und damit für das Individuum dramatisch. Es ist zu vergleichen mit der Abwesenheit von Kapital, dass das Individuum zur Mehrwertproduktion ausbeutet.

Wenn neben dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft keine alternativen Reproduktionsmöglichkeiten bestehen, gibt es für dieses Individuum im Kapitalismus nur eine Sache die schlimmer ist als ausgebeutet zu werden, nämlich nicht ausgebeutet zu werden. Analog gibt es in einer nationalstaatlich verfassten Welt nur eine Sache die schlimmer ist als Menschenmaterial für einen Nationalstaat zu sein, nämlich es nicht zu sein. Der Status als Staatsbürger, der zur Kapitalakkumulation innerhalb der nationalen Ordnung beitragen muss, ist in der nationalstaatlich verfassten Welt die notwendige Voraussetzung für die Existenzgarantie dieses Individuums durch die jeweilige staatliche Gewalt. Gleichzeitig erhält dieser Staat die Befugnis über Leben und Tod des ihm anvertrauten Staatsbürgers



zu entscheiden. So steht es dem Individuum frei, sein Leben auf den Schlachtfeldern im Namen der Nation zu riskieren und zu verlieren. Die nationalistische Ideologie bejubelt dieses letztlich totalitäre Verhältnis und bringt es auf seinen deutschen Begriff in der bekannten Formel: „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!“

Weil die Nation als Legitimationsgrundlage des gesellschaftlichen Zusammenhangs anerkannt und wirkmächtig ist, kann der Nationalstaat (als Erscheinungsform der Nation) im unmittelbaren gesellschaftlichen Bewusstsein die Rolle des allmächtigen, erfolgreichen und klassenübergreifenden Krisenverwalters und -lösers spielen. Das verweist auf die Stellung der Nation als stille, absolut notwendige Voraussetzung der kapitalistischen Gesellschaftsform. Der Kollektivismus des Nationalstaats (als nationalgesonnene/r StaatsbürgerIn) ist dem Egoismus des Warentauschs/der Konkurrenzsubjekte („WirtschaftsbürgerIn“) vorausgesetzt. Beide bedingen sich gegenseitig (wechselseitig) und setzen einander voraus. Daher bildet der bürgerliche Staat nicht nur die Grundlage eines Allgemeinen, sondern ist auch Anrufungsinstanz in der Not bzw. in Krisenzeiten. Wie wir gerade sehen, wird mit ganz viel Aufwand Politiksimulation betrieben. Nicht weil staatliches Handeln die Krise wirklich lösen könnte, sondern weil ein zentrales Moment kapitalistischer Ordnungspolitik und Grundvoraussetzung bürgerlicher Existenz – Arbeitsplätze – im Zuge der Krise in Gefahr geraten. Nebenbei stehen außerdem noch diverse Wahlen an und dabei ist es nicht förderlich, wenn zig tausend BürgerInnen arbeitslos werden. Ob er nun die Krise bewältigen kann oder nicht, der Staat muss auf jeden Fall nach außen darstellen, dass er es kann. Des Weiteren werden ökonomische Prozesse als Verfehlungen einzelner gieriger Manager bzw. Staaten dargestellt, durch die Deutschland (unverschuldet) in diese Situation gekommen sei. Die Feststellung allerdings, dass Gesellschaften im Kapitalismus ohne ihr Zutun in solche Situationen geraten, entbehrt jeglicher Grundlage und lässt die Frage aufkommen, was kapitalistische Gesellschaften überhaupt kennzeichnet.

## *Gesellschaft im Kapitalismus*

Gesellschaft in diesem Sinne ist mehr als die Summe ihrer TeilnehmerInnen und Individuen, die als nationale verstanden wird. Die Menschen in dieser Gesellschaft stehen zueinander in vielfältigen Verhältnissen und Beziehungen und konstituieren durch diese und der dazugehörigen gesellschaftlichen Praxis, unbewusst, weil anonym und vereinzelt, ihren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang als Ganzes oder auch als Totalität. Der Totalitätsbegriff umfasst zunächst die kapitalistische Produktionsweise und im weiteren Verständnis die logische Einheit von Produktion und Zirkulation in ihrer zeitlichen Trennung. Diese Totalität wertförmiger Vergesellschaftung (Vergesellschaftung durch die Aneignung dieser Totalität durch die Individuen) ist systematisch notwendig auf den Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion angewiesen, der aber nicht direkt zu ihr gehört. Dieser Bereich unterliegt notwendiger Weise anderer Beziehungen als der wertförmigen. Sie ist von der Sphäre der Wertproduktion abgespalten und gesellschaftlich systematisch als „weiblich“ konnotiert. Obwohl abgespalten, stellt die Reproduktion eine unverzichtbare Voraussetzung der kapitalistischen Wert- und Mehrwertproduktion dar. Produktive und reproduktive Sphäre sind als Gesellschaft innerhalb des vorgestellten Kollektivsubjekts der Nation angesiedelt. Nationale Zugehörigkeit und Zweigeschlechtlichkeit sind beides notwendige Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion und Akkumulation, obwohl beide nicht direkt wertförmig organisiert sind. Als gesellschaftliche Legitimationsgrundlage übergreift die Nation jedoch nicht nur die Sozialstruktur, sondern ebenfalls die Struktur der Wertabspaltung und stellt den kollektiven Identitäten - Rahmen für Wertvergesellschaftung und Wertabspaltung, Produktion und Reproduktion, zugeschriebene Männlichkeit und Weiblichkeit erhalten innerhalb der nationalen Ordnung unterschiedliche Aufgaben und Charakterisierungen, die beide wiederum prägen. So gilt es als besonderer Verdienst der Frauen (ihrer „Gebärfreudigkeit“), wenn die Geburtenrate steigt. Dieses Ganze, die moderne kapitalistische Gesellschaft, ist nicht statisch, sondern hat einen historisch-spezifisch prozesshaften Charakter. Sie ist das Ergebnis der gesellschaftlichen Praxis aller Individuen in dieser Gesellschaft. Diese gesellschaftliche Praxis strukturiert und konstituiert das gesellschaftliche Ganze. Sie (re-)produziert gesellschaftliche Strukturen und Herrschaftsverhältnisse, die den einzelnen Individuen als objektive,

weil scheinbar überindividuelle Zwänge entgegnetreten. Diese strukturellen Zwänge, als objektive betrachtet, strukturieren ihrerseits die Ausgangsbedingungen dieser gesellschaftlichen Praxis. Sie strukturiert also das gesellschaftliche Ganze, als sie auch tendenziell selber bereits strukturiert ist. Ein solcher Fall von strukturierender und strukturierter Praxis ist die Konkurrenz der verschiedenen Unternehmer am Markt um den größtmöglichen Profit. Jeder Unternehmer muss einen größtmöglichen Profit für sich realisieren, um in der Konkurrenz bestehen zu können. Weil aufgrund der Struktur der Warenproduktion die Konkurrenzsituation so ziemlich jeder Unternehmer diesen größtmöglichen Profit anstrebt, reproduzieren sie, obwohl voneinander getrennt, im Ergebnis gemeinsam diesen strukturellen Zwang zum höchstmöglichen Gewinn. Selbstverständlich gibt es keinen absoluten Zwang der das Handeln der Einzelnen determinieren würde, sondern nur eine systemimmanente Rationalität, die ein bestimmtes Handeln sehr nahe legt.

Das Kapital – als gesellschaftliches Verhältnis – gibt der alten militärischen Lösung „getrennt marschieren, vereint schlagen.“ des Grafen v. Moltke eine eigentümliche Aktualität. Tatsächlich fungiert das automatische Subjekt (das Kapital) als wesentlich strengerer ideeller gesellschaftlicher Gesamtgeneral als es der beste preußische Generalfeldmarschall oder auch Oberbefehlshaber der Bundeswehr je gekonnt hätte. Die Militarisierung der Sprache im Bezug auf die Sprache der Ökonomie verrät dabei viel über die Dynamik kapitalistischer Reichumsproduktion und der damit verbundenen Konkurrenz. Der stumme Zwang der kapitalistischen Verhältnisse diktierte und diktiert noch den überzeugtesten neoliberalen Marktschreibern ihr Programm und ihre Melodie. Kein Flexibilisierungs- und Deregulierungsprogramm genügt und keine so genannten Lohnkosten sind niedrig genug, um den unersättlichen Wünschen des Kapitals zu genügen. Der scheinbar wahnhaftige Zwang aus Geld noch mehr Geld zu machen ist kein Betriebsunfall und kann nicht innerhalb der Logik des Kapitals zum Erliegen kommen. Die momentane gesellschaftliche Melodie mag nicht mehr jene des Neoliberalismus sein, sie unterscheidet sich von dieser aber nur wie sich die eine Improvisation im Jazz von der anderen unterscheidet, die die gleichen Akkorde benutzt. F-Dur, C-Dur, F-Dur, C-Dur, F-Dur, A-Moll, B-Moll, A-Moll entspricht den Begriffen „Lohnkostensenkung“, „Standortsicherung“ und „Wirtschaftswachstum“ für eine „wonderful world“. Improvisiert sind höchstens „Investitionshilfe“ oder „Beteiligung des Staates“ bzw. „zeitlich begrenzte Verstaatlichung“.

Nichtsdestotrotz sind nichtkonformes Verhalten und kollektive solidarische Abwehrstrategien gegen die Zwänge dieser Gesellschaft immer möglich. So wie die Gesellschaft immer von Menschen gemacht wird, gibt es immer soziale Kämpfe und Widerstandstrategien gegen die als vermeidbar verstandenen Zumutungen. Die gesellschaftliche Entwicklung ist nicht vorherbestimmt. Vielmehr müssen die spezifischen Bedingungen und auch Möglichkeiten der sozialen und emanzipatorischen Gegenwehr realistisch untersucht und benannt werden.

## *Ende der Ideologien?*

Wenn wir von Ideologie als Alltagsreligion schreiben, so verstehen wir diese als die durch den Kapitalismus hervorgebrachte „objektive Gedankenform“, die den BürgerInnen ein spezifisch kapitalistisch rationales und objektiviertes Denken und Handeln aufherrscht. Demgegenüber fassen wir Ideologien im Plural als universale Weltanschauungen und Ideensysteme, die dem Individuum eine Identität geben, als Welt-Erklärungsmuster gelten oder das Individuum beeinflussen können, auf.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Anfang der 90er und gleichbedeutend damit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks, wurde auch das Ende großer Welterklärungsmodelle verkündet. Ideologien wurden während des kalten Krieges als das Ringen um die fundamentale Wahrheit der Gesellschaftsmodelle verstanden. Es gab, je nach Sichtweise, eine Unterscheidung zwischen richtiger und falscher Ideologie. Mit der Errichtung der Sowjetunion sollte sich das Proletariat als weltweite Klasse die Stellung in der Welt erobern, die ihnen durch ihre historische Bestimmung zuzukommen schien. Nicht mehr die Verdammten dieser Erde wollten sie sein, sondern die „Diktatur des Proletariats“ galt es zu errichten. Der kapitalistische Block setzte diesem Anspruch die bürgerliche Freiheit und Gleichheit entgegen, die die Grundvoraussetzung seien, um ein materiell gut

gestelltes Leben führen zu können. Das der Kapitalismus eines der strukturell brutalsten und gewalttätigsten Vergesellschaftungen ist, wird deutlich, wenn man sich seine offensichtlichsten Widersprüche betrachtet. Das kapitalistische Gesellschaftsmodell hatte in dieser Auseinandersetzung jedoch den längeren Atem, während die sozialistischen Staaten ihren Anspruch einer frei vom Kapitalismus existierenden Gesellschaft nicht verwirklichen konnten und zu autoritären tendenziellen Mangelwirtschaftsstaaten verkamen.

Seit dem Ende des realsozialistischen Projekts, hat sich auch die Verwendung des Begriffs Ideologie geändert. Dieser wurde zunehmend gleichgesetzt mit wirklichkeitsfremd, utopisch und fern von jeglicher Realität. In politischen Diskussionen wird ideologisch zumeist verwendet, um die eigene Position als neutrale, rationale und die andere abwertend als absurden Vorschlag, Beitrag etc. zu entlarven. Gerade das Moment der demokratischen oder wirtschaftlichen Rationalität als neutrale Position zu unterbreiten, ist dabei selbst bürgerliche Ideologie. Doch wie ist Ideologie genau zu fassen und was ist alles ideologisch?

## *Alltagsreligion –*

### *die Vorstellung des „Is’ so!“*

Ideologie als einen Welterklärungsansatz über die Welt zu fassen, die sich das Individuum einfach so ausdenkt, kann den Begriff nicht erklären. Das Individuum handelt und denkt nicht unabhängig von spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen. Es erlernt und führt gesellschaftliche Praxen fort, wie die Produktion von Gütern und die Reproduktion des Alltags. Weiterhin spielen moralische, politische und religiöse Werteorientierungen und Vorstellungen eine entscheidende Rolle bei der Konstitution (Entstehung) des Individuums, die nicht ausnahmslos über die kapitalistischen Verhältnisse analysierbar sind, sondern nichtbürgerliche Momente beinhalten. Als nichtbürgerliche Momente fassen wir Herrschaftsmechanismen, Wünsche, Strukturen, Mythen usw. auf, die nicht aus der historisch spezifischen bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft kommen, sondern ihren Ursprung in einer nicht kapitalistischen Gesellschaftsformation haben. So nimmt z.B. das Geschlechterverhältnis im

Kapitalismus zwar eine besondere Form an, doch ist die Vorstellung, dass Frauen auf die Reproduktion festgelegt seien eine, die auch jenseits der kapitalistischen Gesellschaft wieder zu finden ist.

Im Kapitalismus und in der wissenschaftlichen Lehre über diesen, wird das bürgerliche Individuum als vereinzelt und als ökonomisch denkend betrachtet. Die Gattung Mensch wird hier anthropologisch mit dem „homo oeconomicus“ gleichgesetzt, der eine bestimmte Form der Rationalität vollzieht und als Wirtschaftssubjekt auf den individuellen Vorteil bedacht sei. Gesellschaft erscheint in dieser Vorstellung als die Summe von Individuen,



in der jedes durch rationales Denken und Handeln unabhängig voneinander, das Allgemeinwohl steigern. Es gilt den eigenen Nutzen zu maximieren und weil jede/r so handelt, steigern das Allgemeinwohl die (nationale) Allgemeinheit. Diese Vorstellung ist die Alltagsreligion der bürgerlichen Gesellschaft. Ihr wahres Moment wird durch die gesellschaftliche Praxis im Kapitalismus bestimmt.

Dabei gibt sie dem alltäglichen Bewusstsein eine bestimmte Rationalität und produziert und reproduziert strukturelle Zwänge. Die Rationalität im Kapitalismus basiert auf der warenproduzierenden Gesellschaft und ist somit schon durch diese geprägt. Marx nennt dies den Fetischismus, der der gesellschaftlichen Praxis anhaftet, sobald Waren produziert werden. In dem Tauschakt von Waren sehen die Tauschenden von ihren konkreten Arbeiten, der gesellschaftlichen Praxis, ab und setzen die Waren als Werte vermittelt über die abstrakte Arbeit miteinander gleich. Daher erscheint es den Tauschenden so, als sei der Tausch von Dingen auf dem Markt selbst die gesellschaftliche Handlung und nicht Ergebnis ihrer gesellschaftlichen (abstrakten) Arbeit im Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse nehmen dabei objektive, verdinglichte Formen im Kapitalismus an. Weil den Tauschenden die gesellschaftlichen Verhältnisse so erscheinen, nehmen sie diese als natürlich war. Oder kurz gesagt, auf die Frage warum jede/r im Kapitalismus im Rahmen der vorgestellten Gemeinschaft arbeiten muss bis auf einige wenige? Is' so! Weil die Alltagsreligion immer schon als nationaler Bezugsrahmen gesetzt wird, wird auch in diesem national gegliedert gedacht.

### *Ideologie als Herrschaftssicherung*

Neben dieser national gedachten Alltagsreligion mit ihrer ihr eigenen gesellschaftlichen Rationalität und ihren Zwängen, muss diese mittels Ideologien im Plural als Erklärung vermittelt, bearbeitet und reproduziert werden. Die gesellschaftliche Legitimität der Ideologien stellt sich her durch den Filter der vorgestellten und damit wirkungsmächtigen Allgemeinheit. Nur wer seine Ideologien als allgemeingültige Moral, Rechtsvorstellung,



(Un-)Gleichheitsgrundsätze, religiöse Vorstellungen etc. darstellen kann, kann seine idealisierte Handlungsorientierung durchsetzen. Dies setzt jedoch schon eine spezifische gesellschaftliche Arbeitsteilung voraus, in der eine Teilung von materieller und geistiger Arbeit vollzogen wurde. Damit geht die Spezialisierung auf eine bestimmte Arbeit im Kapitalismus einher. Konkret gesellschaftlich manifestieren sich Ideologien in den Ergebnissen bestimmter Berufszweige wie Juristen (Recht), Journalisten (Wahrheitsdefinition), Politiker (Politik), Natur- und Geisteswissenschaftler (Wahrheitsproduktion), Pädagogen und Mediziner (geistige und körperliche Zurichtung) sowie sonstige Vertreter demokratischer Institutionen, wie Schulen und Universitäten, sofern sie die bürgerlich kapitalistische Produktionsweise und Herrschaftsordnung absichern. Neben der im Warenausch angelegten Mystifikation der gesellschaftlichen Verhältnisse, spielen „ideologische Apparate“ wie Schulen, Universitäten, Arbeitsagenturen, Judikative und Legislative usw. eine zentrale Rolle in der Ideologieproduktion. Sie sind Apparaturen gesellschaftlicher Herrschaft im Kapitalismus. Nicht ausschließlich, weil sie primär ein vertikales Herrschaftsverhältnis der Klassengesellschaft absichern, sondern weil sie die Alltagsreligion als herrschende Idee in ihrer Totalität entfaltet. Ein Kind wird nicht einfach gute/r StaatsbürgerIn oder verwertbares Arbeitsmaterial für den Markt. Es muss dahingehend durch staatliche Institutionen und Gesellschaft etc. geformt und diszipliniert werden. Auch Wertevorstellungen, moralischer, kultureller oder religiöser Prägung müssen erst einmal in die kindliche Gedankenform gestanzt werden. Dass auch allen anderen Altersgruppen dies nicht erspart bleibt und sie immer wieder auf ihr eigenes Interesse hingewiesen werden müssen im Namen der „Allgemeinheit“, des Marktes etc., beweisen Kampagnen wie „Du bist Deutschland“ oder die Neuerfindung der neuen sozialen Marktwirtschaft. Dabei wird von der Individualität des Individuums abgesehen und dabei dämliche Gründe genannt, warum sie oder er das vorgestellte Zwangskollektiv oder die Wirtschaftsform lieben sollten.

Gleichzeitig zu dieser bewussten Zurichtung wird der Status als Staatsbürger und Arbeitskraft durch die Praxis im alltäglichen Verhalten der Einzelnen zum Staat und innerhalb ihrer Arbeitsverhältnisse eingeübt und verfestigt.

## *Verhältnis von nationaler Ideologie und gesellschaftlicher Organisation*

Wie bereits erwähnt, handelt es sich beim Nationalismus um eine Integrationsideologie, die auf die Nation als vorgestelltes Kollektivsubjekt, das die Sozialstruktur und Wertenspaltung übergreift, bezogen ist.

Nationalismus kann innerhalb der hier formulierten antinationalen Ideologiekritik als Verschränkung von Ideologie als Alltagsreligion und Ideologien als Ideensysteme und Weltanschauungen verstanden werden. Letztere werden auch bewusst von unterschiedlichen Akteuren und Institutionen, als ideologische Apparate vertreten, gesellschaftlich durchgesetzt und durch beständige ritualhafte Wiederholungen verfestigt und reproduziert. Der Fetischismus der bürgerlichen Gesellschaft, also die Alltagsreligion und ihre Materialität, kennzeichnen Ideologie im „objektiven Sinne“.

Nicht nur die kapitalistischen Gesellschafts- und Verkehrsformen, sondern auch der immer mitgedachte nationale Rahmen wird naturalisiert, enthistorisiert und schließlich auf diese Weise ontologisiert. In dieser ideologischen Vorstellung gibt es Nation und Kapital eigentlich schon immer oder zumindest ziemlich lange als (quasi) organisch Gewachsenes. Hat sich die Nation im modernen Sinne in den westeuropäischen Ländern, z.B. in Frankreich und Nordamerika als zunächst einmal emanzipatorisches Projekt – weil Befreiung aus alten feudalen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen – konstituiert, mischte sich im deutschen nationalen Selbstverständnis zu der Ablehnung der alten Herrschaftsstrukturen immer auch ein reaktionäres antibürgerliches Moment bei, das gegen die Werte und Prinzipien der Französischen Revolution – Frankreich als Nachbar und Gegner – gerichtet war. Der Begriff *citoyen* enthielt immer auch ein demokratisches Moment der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe. Seine deutsche Übersetzung, der Begriff Staatsbürger, bezeichnete hingegen ausschließlich die Gleichheit vor dem Gesetz.

„Liberté“, „Égalité“ und „Fraternité“ wurden zu den Schlagworten, die trotz ihres utopischen Überschusses, in der konkret historischen Entwicklung dieser bürgerlichen Revolution die neue bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsformation legitimierten und somit intellektuell absicherten und organisierten.



„Freiheit“ und „Gleichheit“ als historisch in Teilen durchaus emanzipatorisch konzipierte Begriffe wurden und werden in der bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft als „falsche Freiheit und Gleichheit“ verwirklicht. Die Möglichkeit der freien Selbstentfaltung ohne Not verkehrt sich unter den historisch-spezifischen Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft in ihr Gegenteil, nämlich in die Freiheit von personalen vorbürgerlichen Herrschaftsverhältnissen, sowie in den Status als freier und gleicher – an den Gesetzen und der Logik des Warentauschs orientierte – LohnarbeiterInnen. Direkte Herrschaftsverhältnisse werden im Kapitalismus zu apersonalen unpersönlichen Herrschaftsverhältnissen.

Wer nicht das Glück hat zu den wenigen zu gehören, die sich auch ohne Lohnarbeit reproduzieren können – Kapitalisten, LottogewinnerInnen etc. – muss seine Arbeitskraft verkaufen, um zu überleben oder am staatlich garantierten Existenzminimum leben. Diese falsche Freiheit und Gleichheit oder auch formelle, weil an den formalen Gesetzen des Warentauschs, die von jeglicher inhaltlicher Qualität absehen und sich nur nach der gesellschaftlichen Form (der Warenform)

ausrichten, zementieren die materielle Ungleichheit und Unfreiheit von den gesellschaftlichen Zwängen und Herrschaftsverhältnissen. Wer den ganzen Tag Lohnarbeit verrichten muss, um sich zu reproduzieren, wird ganz praktisch der Möglichkeit beraubt sich auf andere Art und Weise Reichtum zu schaffen, zusätzlich zu dem Umstand, dass er oder sie vermutlich nicht über die dafür notwendigen gesellschaftlichen Produktionsmittel verfügt. Deshalb sprechen wir von „falscher Freiheit und Gleichheit“. Die Überwindung dieser falschen Freiheit und Gleichheit ist nur durch die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und Verkehrsformen möglich, die nur durch die gesellschaftliche Praxis erreicht werden kann.

***„Bewältigt wäre die Vergangenheit erst dann, wenn ihre Ursachen beseitigt sind.“ (Theodor W. Adorno)***

Die Gründung der BRD 1949 war ein Ergebnis der nur vier Jahre zuvor erfolgten militärischen Zerschlagung des Nationalsozialismus. Dieser war 1933 nicht zuletzt auch in der Folge der Weltwirtschaftskrise 1929 als reaktionäres Krisenlösungskonzept demokratisch legitimiert an die Macht gelangt. Ausgehend von der für ihn grundlegenden antisemitischen Aufspaltung des Kapitalismus in schaffendes und raffendes Kapital traten die Nazis zunächst als präventive Konterrevolution an. Die Liquidation der SozialistenInnen und KommunistInnen samt ihrer Parteien, sowie der organisierten ArbeiterInnenbewegung war ihr erstes Projekt. Die Befriedigung der primär konservativ-bürgerlichen notorischen Angst vor der Revolution ging einher mit dem wesentlich ideologischen Projekt der Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft auf ihrer eigenen Grundlage und mit ihren eigenen Mitteln. Die selbst vorgenommene antisemitische Aufspaltung der modernen kapitalistischen Gesellschaft sollte durch die Etablierung der Volksgemeinschaft überwunden werden, in der das „schaffende Kapital“ über das „raffende“ triumphiert und der abstrakte Zwang zur Kapitalverwertung dem Dienst am Volke weichen sollte. Der Egoismus des kapitalistischen Konkurrenzsubjekts und der Individualität überhaupt

sollte dem Zwangskollektivismus der Volksgemeinschaft weichen: „Du bist nichts, dein Volk ist alles.“ Seinen Höhepunkt fand die völkisch „antikapitalistische“ nazistische Bewegung, die ihrem Selbstverständnis nach eine Revolte war, in dem Vernichtungsprojekt an Jüdinnen und Juden. Diese galten in der nationalsozialistischen Ideologie als Personifizierung und Ursache all dessen, was sie an der modernen Gesellschaft verabscheuten; der abstrakten und eben nicht genügend völkisch nationalen Herrschaftsmechanismen der Wertvergesellschaftung. Die Vernichtung von Jüdinnen und Juden basierte nicht auf rationaler Zwecksetzung der Nazis, sondern war Selbstzweck. Die Vernichtung des konstruierten Kollektivs der „Juden“ war das zentrale Programm des NS. Die Stereotype, die Jüdinnen und Juden zugeschrieben werden, sind dabei dem fetischisierten Bewusstseinsformen über Ware, Geld etc. evident. Während der Gebrauchswert als pur Materielles wahrgenommen (in Form der Ware) wird, wird das Geld und der Zins als Träger des Abstrakten als „unnatürliches“ und „parasitäres“ angesehen und muss in der Logik der Nationalsozialisten ausgelöscht werden.

## *60 Jahre BRD und kein Ende in Sicht ...*

Die BRD konstituierte sich antikommunistisch und antitotalitaristisch in Abgrenzung sowohl zur realsozialistischen DDR als auch zum Nationalsozialismus. Sie war und ist aber in ihrer gesellschaftlichen Verfasstheit wesentlich durch den NS geprägt, weshalb auch von einer „postfaschistischen“ Gesellschaft gesprochen werden kann. Überhaupt hat das Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit eine zentrale Bedeutung für jede Form von deutschem Nationalismus. Ob die Jahre 1933 bis 1945 nun verdrängt oder verstärkt in Gedenkfeierlichkeiten und Fernsehdokumentationen thematisiert werden, wer in nationalistischer Manier von der BRD spricht, verhält sich immer auch zu ihrer Vergangenheit. Die personellen Kontinuitäten zum NS-Regime waren bis in die 1970er Jahre konkret fassbar. Darüber hinaus hat der Nationalsozialismus die organisierte Arbeiterbewegung und alle linken Oppositionen derart nachhaltig zerschlagen, dass es die deutsche Protest- und Streikkultur noch Jahrzehnte nach Kriegsende prägte und z.T. noch heute prägt. Ein weiteres Resultat des NS-Faschismus besteht in der effektiven Vernichtung jüdischen Lebens in der deutschen Öffentlichkeit, die auch noch heute nachwirkt, wenn Mitglieder der jüdischen Gemeinde nicht wirklich als Deutsche, sondern eher als Israelis gelten. Dieser Umstand kam gerade am 21.1.2009 in der Debatte zwischen Norbert Blüm und Michel Friedmann zum Ausdruck. Diese prägenden Kontinuitäten gab es übrigens auch in der DDR, die sich als antifaschistisch und antiimperialistisch verstand. Nichtsdestotrotz wurde beispielsweise in der Debatte um die Bombardierung Dresdens auf die zu hoch angesetzten Opferzahlen Bezug genommen, wenn es gegen den „amerikanischen“ und „angelsächsischen“ Imperialismus ging. Die Quelle für die Opferzahlen von über 100.000 war auch hier die Nazipropaganda von 1945. Ebenfalls wurde ab Mitte der 1950er Jahre ein an der Blockkonfrontation orientierter Antizionismus gegen Israel als bloßer Brückenkopf des Imperialismus gepflegt. Als Opfer der Nazis galten zuvorderst KommunistInnen.

Das westdeutsche nationale Selbstverständnis war bis in die 1960er Jahre wesentlich durch die Frontstellung im Kalten Krieg und die Westintegration inklusive der lautstarken Anklage und Nichtanerkennung der DDR sowie ein dezidiertes Schweigen über die eigene Vergangenheit geprägt. Bis Mitte der 1960er Jahre vertrat die BRD mit der so genannten Hallsteindoktrin den Anspruch auf Alleinvertretung „des gesamten deutschen Volkes“ und drohte Staaten, die mit der DDR diplomatische Beziehungen unterhielten mit Abbruch der Beziehungen. 1945 galt als „Stunde Null“ und beim Nationalsozialismus waren alle entweder in der „inneren Emigration“ – also völlig unbeteiligt an gesellschaftlichen politischen Belangen – oder nur Mitläufer gewesen. Die so genannte Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards baute sowohl intellektuell (in der Person Erhards), personell als auch materiell (Arisierungen, Zwangsarbeit, der Umfang des Staatseigentums, usw.) im Nationalsozialismus auf und ermöglichte einen vorher nicht gekannten Massenkonsum, der das Schweigen erleichterte. In der Familienpolitik, die sich Anfang der 1960er Jahre einem Babyboom gegenüber sah, wurde die staatliche Förderung des Bevölkerungswachstums fortgesetzt. Dabei handelte es sich um eine Fortführung bzw. Kontinuität der NS-Familienpolitik unter demokratischen Vorzeichen. Gleichzeitig wurden Familienpolitikmodelle anderer westeuropäischer Länder und den USA mit eingeflochten. Nicht nur in der keynesianischen Wirtschaftspolitik

und vornehmlicher Krisenbekämpfung glichen sich also die Politikansätze in den verschiedenen Ländern an. Ein weiteres gemeinsames Phänomen in den westlichen Industrieländern war die Entkoppelung der Sexualität von der Fortpflanzung ab Ende der 1960er und vermehrt in den 1970er Jahren. Diese Entkoppelung entsprach den veränderten Bedingungen der Kapitalakkumulation in der Nachkriegszeit. Fortpflanzung ist in den westlichen Ländern nicht mehr unbedingt nötig, um die ökonomische Existenz abzusichern. Die klassische Ehe, als ökonomische Einheit, ist nicht mehr in dem Maße notwendige Voraussetzung des Verwertungsprozesses, so dass keinerlei Alternativen denkbar wären.

Diese Entkoppelung von Sexualität und Fortpflanzung im Fordismus bildete die Möglichkeit des Entstehens alternativer und homosexueller Lebensweisen.

In der BRD gab es zwar auch Kritik an den nazistischen Kontinuitäten und dem konservativen antikommunistischen Klima, bis hin zur Wiederbewaffnung 1955 von sozialdemokratischer, parteikommunistischer und intellektueller Seite. Diese konnte aber nicht mehrheitsfähig werden. Das vorherrschende deutsche Selbstverständnis entsprach der CDU-Wahlkampflösung von 1957: „Keine Experimente“.

Erst ab Mitte der 1960er Jahre wurde das Verhältnis zur eigenen Geschichte besonders durch NS-Prozesse massiv in die Öffentlichkeit gebracht. Es entstand zunehmend eine Debatte über den Nationalsozialismus und den Holocaust. Angefacht wurde diese Debatte immer mehr von Personen zwischen 20 und 30, die nach der Rolle ihrer Eltern und anderen Angehörigen im NS und im Krieg fragten. Vor diesem Hintergrund fand die 1968er Revolte statt, die als gesellschaftlicher Umbruch im Sinne einer umfassenden Liberalisierung gelten kann, auch wenn die Veränderungen das Ergebnis langjähriger Prozesse waren. Der Antritt der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt 1969 markiert den politischen Umschwung, der mit dem Anspruch die Gesellschaft als Ganzes zu reformieren und „mehr Demokratie zu wagen“ antrat. Das politische Klima in der BRD wurde dabei maßgeblich durch diese Reform euphorie geprägt. Allerdings zeigten die Kriminalisierung linker außerparlamentarischer Kräfte und die Berufsverbote die Grenzen der sozialliberalen Offenheit für gesellschaftliche Veränderungen an. In der Diffamierung und Verfolgung einer seit langem wieder starken Linken wurden viele der Repressionsinstrumente geschaffen, die auch heute noch der Linken nur zu gut bekannt sind. Der Paragraph 129a („Bildung einer terroristischen Vereinigung“) und die Überwachung von Linken sind dabei nur zwei Beispiele.

Nichtsdestotrotz wurde die offizielle Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit zu einem gesellschaftlichen Anliegen, wenn auch sicherlich nicht von allen gesellschaftlichen Gruppen. Der Emigrant Brandt verkörperte – nicht zuletzt durch seinen Kniefall an der Gedenkmauer für die Opfer des Warschauer Ghettos – diesen Wandel im Vergleich zu Adenauer und dem politischen Klima in den 1950er Jahren.

Die neue Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung, die eine „Normalisierung der Beziehungen“ zu den Ostblockstaaten, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die faktische staatsrechtliche Anerkennung der DDR (obwohl das Wiedervereinigungsgebot aufrechterhalten wurde) beinhalteten, veränderten die Rahmenbedingungen für das deutsche Selbstverständnis, besonders im Bezug auf das Verhältnis zum NS-Faschismus.

Wer in diesem Punkt Positionen aus den 1950er Jahren vertrat, galt als relativ weit rechts stehend von konservativ bis revanchistisch. Ebenfalls war das offene Bekenntnis zu deutschem Nationalstolz nur sehr eingeschränkt möglich. Der Satz „Ich bin stolz Deutscher zu sein“ oder abgewandelte Sätze galten als Indiz einer extrem rechten bis faschistischen Gesinnung, auch wenn diese insgeheim vermutlich von vielen geteilt wurde.

Am 8. Mai 1985 wurde das Verhältnis zur eigenen Geschichte durch die Rede des Bundespräsidenten Weizäckers offen thematisiert. Der 8. Mai sei der Tag der Befreiung, auch der Deutschen von einer Diktatur und nicht der Tag der Niederlage, wie es bis dahin besonders von konservativer Seite geheißen hatte. Parallel zu der stückweisen Wandlung des deutschen Geschichtsbezugs wurde unter der Kohl-Regierung eine konservative Wende mit verstärktem Nationalbezug vollzogen.

Mit der Wiedervereinigung 1990 und der Einverleibung der DDR proklamierte Kohl, dass die Deutschen mit ihrer Geschichte abgeschlossen hätten. Im intellektuellen Fahrwasser der deutschen Einheit meldete sich ein deutscher Nationalismus zu Wort, der viele Linke einen neuen Faschismus befürchten ließ. Die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen bei denen Nazis Asylbewerberheime unter Applaus der Anwohnerinnen und Anwohner angriffen wurden, wurde durch diesen Nationaltaumel inspiriert, der sich in einer verstärkten

Nationalisierung der öffentlichen Meinung niederschlug. Gleichzeitig setzte sich das neue Geschichtsverständnis von der Befreiung der Deutschen im öffentlichen Diskurs immer mehr durch. Entsprechend wurden die Westalliierten 1995 als Befreier gefeiert. Konservative Gegenstimmen blieben eher randständig.

## *Deutscher Nationalismus in der Berliner Republik*

In der Berliner Republik ist dennoch Platz für konservative CDU/CSU'ler, die dem Bund der Vertriebenen nahe stehen, genauso wie für Grüne, die einen Multikulturalismus vertreten, indem das „kulturell bedingte Anderssein“ zum eigenen Wert wird. Wichtig sind nur die gegenseitige Akzeptanz und das Bekenntnis zu Deutschland. Selbst der alljährliche Christopher Street Day lässt sich auf Deutsch formulieren. Auch wenn es manch konservativer Seele ein Graus ist. Wenn die patriotische Gesinnung stimmt, sind nicht heterosexuelle Lebensentwürfe durchaus gesellschaftlich anerkannt. Mag es im alltäglichen Leben noch so viele homophobe und (hetero-)sexistische Aversionen und Diskriminierungen geben. Im öffentlichen politischen Diskurs dürfen solche Ressentiments nicht offen auftreten. Niemand hat die Absicht irgendwen zu diskriminieren oder auszugrenzen. Die Sorge um den Forstbestand der Institutionen „Familie“ und „Ehe“ oder die „Sorge um die Überalterung der deutschen Bevölkerung“ klingen schon anders, als das Gerede von „Multikultischwuchteln“. Die Diskriminierung aller Beziehungsformen jenseits der klassischen Ehe als widernatürlich oder die Bezeichnung von Hartz 4 Empfänger als Säufer, gelten vielfach nur als Ausdruck eines konservativen Weltbildes. Genauso wenig sei es reaktionär, Holocaustleugner zu rehabilitieren oder Jüdinnen und Juden nun endlich missionieren zu wollen. Deshalb solle die Bundeskanzlerin den Papst nach dem Willen einiger Teile ihrer Partei auch nicht öffentlich kritisieren. An den unterschiedlichen Reaktionen in diesen Debatten wird deutlich, dass die gesellschaftliche Meinungsbildung in Deutschland wesentlich ausdifferenzierter ist, als der offizielle (politische) Diskurs vermuten lässt. Anders als noch in der Adenauerära und bis in die 1970er Jahre gehört es heute zur deutschen Staatsräson, die Rehabilitierung von Holocaustleugnern oder -beteiligten abzulehnen und zu verurteilen. Trotz den Kontinuitäten innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche wie der Geschichtspolitik, der Geschlechter- und Sexualitätsfrage u.a. existieren verschiedene gesellschaftliche Brüche vor allem auch im deutschen Nationalverständnis selbst. Seit Anfang der 1970er Jahre gibt es eine gesellschaftliche Liberalisierungstendenz, die ihren deutlichsten politischen Ausdruck in dem Rot-Grünen Regierungsantritt 1998 gefunden hat. Es wäre aber falsch angesichts des offensichtlichen Fortlebens reaktionärer Positionen von einer abgeschlossenen und einheitlichen Transformation des deutschen Nationalismus auszugehen. Die rassistische Hetzjagd auf Inder in Mügeln 2007 durch Nazis gibt einen Hinweis darauf, dass solche Übergriffe keinesfalls der Vergangenheit angehören, sondern immer wieder vorkommen können. Vielmehr handelt es sich um eine Pluralisierung und z.T. auch Ergänzung der verschiedenen Nationskonzepte. So eröffnet beispielsweise die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte neue außenpolitische Möglichkeiten. So wurde 1999 mit der „historischen Verantwortung“ aufgrund des 2. Weltkrieges und des Holocausts die deutsche Beteiligung am Jugoslawienkrieg begründet, um einen Genozid zu verhindern. Die Instrumentalisierung des NS als politisch moralisches Kapital der BRD hat sich seitdem zu einer gängigen politischen Strategie und einem Teil des deutschen Selbstverständnisses verfestigt. Das neue deutsche Selbstverständnis ist also durch die Anerkennung, Bearbeitung und tendenziellen Instrumentalisierung der eigenen Vergangenheit einerseits und andererseits durch einen verstärkten offenen Nationalbezug gekennzeichnet. Nationalstolz will man nicht den Nazis überlassen. Gleichzeitig erleichtert der neue deutsche Geschichtsbezug, der seit dem rot-grünen Regierungsantritt durch eine offensive Gedenkpoltik flankiert wurde, den verstärkten öffentlichen Bezug auf die deutsche Nation wie er seit der Wiedervereinigung gepflegt wird.

Andere Beispiele sind die Integration von Frauen in das neue Deutschland durch eine entsprechende Gleichstellungspolitik und die Integration der MigrantInnen und „GastarbeiterInnen“ durch den Standort- oder Multikulturalismus und Verfassungspatriotismus, die das Bekenntnis zum deutschen Wirtschaftswachstum oder zur deutschen Gesellschaft in den Vordergrund stellen.

Entsprechend des neuen nationalen Pluralismus finden sich Konservative neben MultikulturalistInnen der Mitte wieder, wenn es gilt die deutsche Fußballnationalmannschaft anzufeuern. Wichtig ist nur die gegenseitige

Anerkennung und Akzeptanz. Und wen es so sehr stört, dass auch Nichtweiße in der Nationalmannschaft spielen, dass er/sie diese Position öffentlich verbreitet, der geht zur NPD und verabschiedet sich aus dem anerkannten politischen Spektrum. Denn wer nun für Deutschland stürmt soll dem/der modernen StaatsbürgerIn ebenso gleich sein wie die Frage, wer für das deutsche Wirtschaftswachstum ausgebeutet wird. Solange am Ende Deutschland gedient ist, ist allen gedient, so will es das moderne deutsche Credo. Dieses Credo entspricht, wenn auch unbewusst, den Ausgangsbedingungen des deutschen Nationalismus in der Krise des Fordismus. Der klassische Fabrikarbeiter, der zu Hause Frau und Kinder hat und zu festen Zeiten arbeitet, ist nicht mehr der gesellschaftliche Prototyp. Den aktuellen Anforderungen des Kapitals entspricht die/der flexible und beliebig einsetzbare ArbeiterIn, die/der bei entsprechenden Leistungen auch gerne eingewandert sein kann. Der Standortnationalismus, der letztlich für national erklärt, was dem Standort Deutschland nützt, entspricht daher mehr den veränderten kapitalistischen Bedingungen. Es wäre jedoch falsch, von einer bewussten und geplanten Veränderung des deutschen Nationalismus auszugehen. Vielmehr stellen Standort- und Multikulturalismus eine ideologische und nationalistische Reaktion, inklusive politischer Handlungsanweisungen, auf das Ende des fordistischen Zeitalters in Deutschland dar. Der klassische, traditionelle deutsche Nationalismus verschwindet deshalb aber keinesfalls. Allerdings muss er sich den sich verändernden Umständen immer neu anpassen.

Beispielsweise kann die Integration von MigrantInnen nach unterschiedlichen Kriterien verlaufen, aber sie muss stattfinden. Die Rede von der „deutschen Leitkultur“, der sich die hier lebenden MigrantInnen zu unterwerfen hätten, lässt sich als konservatives Pendant zur Aufweichung des klassisch deutschen Blutrechts (*ius sanguinis*) verstehen, nachdem alleine die deutsche Abstammung das Deutsch-Sein determiniert. Anders als im strikt völkischen Nationalismus muss es im modernen deutschen Nationalismus zumindest die theoretische Möglichkeit des Zutritts in die deutsche Nation geben, so rassistisch strukturiert diese auch sein mag. Das hat auch die CDU erkannt.

Soviel Weltoffenheit muss schon sein. Liberalere Integrationskonzepte beinhalten vielleicht weniger Zumutungen und Diskriminierungen, rekurren aber gleichsam auf die Anerkennung und Adaption einer deutschen, primär politischen Gemeinschaft. Da wird die Andersartigkeit sogar zu einer kulturellen Bereicherung für die Gemeinschaft. Der individuelle Beitrag zur Gemeinschaft muss jedoch geleistet werden. Auch der aufgeklärteste Nationalismus kann Spaßbremsen beim Fußball, Integrationsunwillige oder gar KritikerInnen ihrer nationalen Vergemeinschaftung nicht dulden, die ihren Beitrag zum Ganzen verweigern. Denn wer die Großartigkeit der deutschen Nation beziehungsweise der BRD nicht zu schätzen weiß, ist suspekt.

Insgesamt lässt sich sowohl eine Pluralisierung der Identitätsangebote (deutsche oder eingewanderte Kleinfamilie, Zweierbeziehung egal welcher Sexualität und Alleinstandende etc.) als auch der Identitätskonzepte (konservativer, Standort- und Multikulturalismus), als konstitutives Moment des deutschen Nationalismus feststellen. Es handelt sich um eine relativ umfassende Modernisierung und gleichzeitige Erhaltung des deutschen Nationalismus/Selbstverständnisses, von dem die DiskutantInnen der Integrationsdebatte nur träumen können. Es ist gelungen vom Image des Ewiggestrigen mit verstaubten Ansichten wegzukommen, ohne die alte Identität vollständig aufzugeben. Konservative mit einem traditionellen Verständnis dessen, was „deutsch“ ist, können mit AnhängerInnen des Verfassungspatriotismus auf einer gemeinsamen Basis diskutieren, was das Beste für Deutschland sei. So weit mitunter die Vorstellungen darüber auseinander gehen. Sicher ist, dass die Verfolgung des national verfassten Allgemeinwohls der individuellen Entfaltung unter bewusst gestalteten gesellschaftlichen Verhältnissen diametral entgegensteht und verunmöglicht. Der staatliche Souverän, als politische Form der nationalen Ordnung, erfasst die Einzelnen nämlich nur als StaatsbürgerInnen und damit als seine eigenen Glieder, beziehungsweise als Material seiner eigenen Herrschaft. Das gilt für jedes der unterschiedlichen und miteinander beständig konkurrierenden Nationalismuskonzepte. Dadurch wird die Frage der individuellen Entfaltung und Bedürfnisbefriedigung jenseits der Zwänge von Staat, Nation und Kapital gesellschaftlich durchgestrichen und negiert.

Gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten steigt daher das Bedürfnis nach einer sicheren Existenzgarantie, über die bloße Verwertbarkeit hinaus, wie es etwa vom traditionellen „*ius sanguinis*“ gewährleistet wird. Deshalb ist gerade in der heutigen Gesellschaft unter der Schwarz-Roten Regierung und der Wirtschaftskrise ein



verstärkter Rückgriff auf reaktionäre Ideologietraditionen und Krisenlösungsphantasien und der Aufschwung des konservativeren Nationalismus zu verzeichnen. Autoritäre Politiksimulationen, wie die Begrenzung von Managergehältern und Appelle an die wirtschaftliche Moral, werden mit staatlichen Umverteilungsprogrammen „von oben nach unten“ zu einem Konzept der „Neuen sozialen Marktwirtschaft“ kombiniert. Appelle, dass „wir alle den Gürtel enger schnallen müssen“ bereiten auf die Folgen der Finanzkrise vor. Diese Folgen sollen gesellschaftlich vor allem durch den ideologischen Rückhalt des nationalen Kollektivs aufgefangen werden, während die sozialen und wirtschaftlichen Folgen voraussichtlich individuell bewältigt werden müssen.

### *Das bürgerliche Subjekt: „Geh erst mal arbeiten und halt’s Maul!“*

Wer kennt sie nicht die täglichen Appelle an Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft. Nur wer sich anstrengt kann es auch zu etwas bringen. Wer es zu nichts bringt ist selbst schuld. So will und sieht es das aktuelle Leistungscredo. Ökonomischer Erfolg oder Misserfolg werden vollständig privatisiert und mit individuellem (Un-)Vermögen erklärt. Dementsprechend werden Arbeitslose auch alle Jahre wieder als „Faulenzer“ oder potentielle Säufer diffamiert (vgl. Phillip Mißfelder der Chef der Jungen Union). Was im ersten Moment nach der bloß individuellen bzw. öffentlichen Verherrlichung gesellschaftlicher Zwangsverhältnisse klingt, ist aber tiefer als die bewusste Ideologieproduktion angesiedelt.

In der politischen Diskussion ist die Treue zum Staat und der „Sozialen Marktwirtschaft“ oberstes Gebot für die deutschen StaatsbürgerInnen. Aufgrund der alten Denkmuster aus dem Kalten Krieg nehmen einige (Neo-)liberale die „Soziale Marktwirtschaft“ derart für bare Münze, dass sie das aktive Eingreifen des Staates in den Wettbewerb zur Rettung von Unternehmen und dem Schutz seiner finanziellen Garantien für „sozialistisch“ halten. Andere Anhänger der „freien Marktwirtschaft“, die eigentlich Kapitalismus zu nennen ist, sind über solche kurzfristigen Perspektiven erhaben und wissen was „too big to fail“ heißt. Die volkswirtschaftlichen Folgen der Pleite eines solchen Unternehmens wären zu groß. In der Krise wissen selbst die größten Verfechter des freien Marktes um die notwendige Funktion des Staates, der ein „Schiedsrichter wie beim Fußball“ (Chef des Ifo-Instituts: Hans-Werner Sinn) zu sein hat. Durchaus im Widerspruch zu früheren Aussagen einzelner Charaktermasken und Ideologen lautet das heutige öffentliche politische Urteil fast einhellig: Einen völlig unkontrollierten Markt ohne jegliche

Regulierung darf es nicht geben. So widersprüchlich diese Feststellung im Vergleich zu früheren Verlautbarungen klingt, so banal ist sie bezogen auf die Beziehungen von Staat und Gesellschaft, sowie Staat und Wirtschaft. Das gesellschaftliche Ganze, das primär als Ansammlung privatwirtschaftlicher und daher auf Konkurrenz ausgelegter Marktbeziehungen verstanden wird, bedarf einer übergeordneten Klammer. Die allseitige Unterwerfung unter die gleiche politische Herrschaft dient nicht nur der Garantie der Verwertungsbedingungen, insbesondere des Privateigentums, sondern stiftet einen gemeinsamen Charakter aller dieser spezifischen Herrschaft Unterworfenen im Zustand ihrer Unterwerfung.

### *Pimp your skills & back to the nature – Lebenslanges Lernen und doppelte Naturbeherrschung*

Was in den gesellschaftlichen Diskursen als instrumentelles Bewusstsein und Lebenskonzeption an Arbeitsethik (und Staatstreue) bewusst verbreitet wird, verweist auf die Ansprüche an das gesellschaftliche Subjekt. Diese doppelte Anforderung an dieses Subjekt, treu zu der ihm übergeordneten politischen Herrschaft in Gestalt eines spezifischen Staates zu sein und gleichzeitig fleißig zu arbeiten, ist notwendig, um den viel gerühmten Status des Subjekts zu erlangen. Die scheinbare Autonomie und Selbstbestimmung dieses gesellschaftlichen „Machers“ löst sich ebenso in Schein auf, wie die Bedeutung von individuellem musikalischem Genie als notwendige Voraussetzung für kommerziellen Erfolg in Zeiten von entsprechenden Computerprogrammen und „Deutschland sucht den Superstar“.

Sachbücher und Ratgeber auf dem Weg zu individuellem Erfolg sprechen die unmittelbarsten und zugespitztesten Konsequenzen des erfolgreichen gesellschaftlichen Werdegangs eines Subjekts aus. Nur wer sein ganzes Handeln und damit letztlich auch sich selber auf das Ziel des beruflichen Aufstiegs aus- und zurichtet, hat eine Chance. Softskills und soziale Kompetenzen sollen stets im Sinne des beruflichen Erfolgs eingesetzt werden, anstatt in nicht erfolgskonformen Beziehungen vergeudet zu werden. Freunde und Bekannte, die nicht funktional für das eigene Weiterkommen sind, gelten ebenso als zu beseitigende Hindernisse, wie alle nicht funktionalen Hobbys. Ob im Studium, der Ausbildung oder im Beruf ist dabei egal, denn wer nach oben will muss Opfer bringen und darf keine Skrupel haben andere auszubooken. So fordert der ehemalige BDI-Chef Michael Rogowski mehr Leistungsbereitschaft und weniger Anspruchsdenken seitens der Bürger. Diese Forderung kann als Kritik an den „Ideologisierung“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auftreten, weil sie in der wirtschaftspolitischen Diskussion, besonders in der aktuellen Krise, allgegenwärtig ist. In ihr kommt die reale Abhängigkeit der Subjekte vom Kapital zum ideologisch verkehrten Bewusstsein. Was historisch geworden und deshalb auch veränderbar ist, wird zum Schicksal bzw. zum gesellschaftlichen Idealzustand erklärt. Dieser Vorgang gilt ironischer Weise als „unideologisch“.

Alle Empfindungen und Bedürfnisse, die nicht dem Inhalt des Subjekts, nämlich der Arbeit und dem politischen Gehorsam dienen, muss das Individuum abspalten. Dieser abgespaltene Bereich, der seinem Inhalt nach gesellschaftlich als „weiblich“ konnotiert ist, ist zusammen mit der Subjektform selber das Ergebnis eines langen historischen Prozesses ihrer Durchsetzung. Die Identifizierung des „Weiblichen“ mit dem Bereich der Reproduktion und Emotionen ist jedoch älteren Datums, als der Kapitalismus. Die Auslöschung aller inhaltlichen Bestimmung ist das Ergebnis dieses Prozesses. Weil dieser Prozess im alltäglichen Bewusstsein ausgelöscht ist, erscheint er als natürlich gegeben. Das gilt besonders für das Geschlechterverhältnis samt seiner Geschlechterrollen.

Die positive Verwendung des Subjektbegriffs als Zustand der bewussten Kontrolle über sich und seine Umgebung verweist auf die logische und historische Verflechtung von emanzipatorischen und repressiven Projekten. Die Befreiung des Menschen von Furcht und Aberglauben sowie seine Einsetzung als Herr seiner Verhältnisse, originäres Projekt der Aufklärung erfolgten mittels eines historisch-spezifischen Verhältnisses zur Natur. Diese sollte beherrscht werden. Trotz gegenläufiger Positionen innerhalb der Aufklärung setzte sich das Prinzip der Naturbeherrschung zunehmend als Selbstzweck mit eigentümlicher Rationalität immer mehr durch. Diese Durchsetzung erfolgte wesentlich auch durch private Zurichtung. Als „Natur“ wurde aber nicht nur die



Natur im alltäglichen Sinne, die so genannte „äußere Natur“, verstanden, sondern ebenfalls der (stofflich-materielle) Teil des Menschen, der nicht unter die allgemeinen Prinzipien der „Vernunft“ als letztlich leere Kategorie als solcher verstanden, zu fassen war. Dies wurde als „innere Natur“ des Menschen bezeichnet, zu der Emotionen und nicht „rationale“ Bedürfnisse u.a. zählten. Es galt und gilt sowohl die innere als auch äußere Natur zu beherrschen, um das inzwischen abstrakte Subjekt als souveräner Herr seiner Verhältnisse einsetzen zu können. Die Bezeichnung des Subjekts als „Herr“ ist dabei keineswegs zufällig. Seit der Epoche der Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert wurde das angebliche „weibliche Wesen“ mit der äußeren und inneren Natur verbunden. Beides galt es durch die als männlich verstandene Vernunft zu beherrschen, wie auch Arbeit als männlich und Reproduktionstätigkeiten als weiblich verstanden wurden. Die nicht in der männlich und westeuropäisch konnotierten Subjektform aufgehenden Momente wurden gegenüber dieser als minderwertig gesetzt. Dazu zählten nicht nur die weiblich

konnotierten Bereiche, sondern wesentlich jene rassistisch Diskriminierten, beispielsweise „die Neger“. Ihnen wurde die Möglichkeit Subjekt zu werden, aufgrund mangelnder Vernunftfähigkeit nicht nur grundsätzlich abgesprochen, sondern sie fungieren darüber hinaus als Verkörperung der größten Angst der bürgerlichen Subjekte, dem Verlust des Subjektstatus und dem damit verbundenen Rückfall in die Natur. In der heutigen Situation sind es vor allem die staatenlosen Flüchtlinge und MigrantInnen, die diese Gefahr verkörpern. Als Betroffene rassistischer Diskriminierung sind sie auf ihr bloße biologische Existenz ohne staatsbürgerliche Rechte als Nicht-Subjekt reduziert und als solche weder taugliches Material für die politische Herrschaft eines Staates noch für die Akkumulation von Kapital im bürgerlich Sinn.

Gleichzeitig wurde die Bedeutung von Softskills und emotionaler Kompetenz für die erfolgreiche Kapitalakkumulation im Postfordismus seit den 1980er Jahren immer mehr anerkannt. Nicht nur die bloß fachlichen Kompetenzen, sondern das ganze Individuum mit seinen sozialen und emotionalen Qualifikationen soll dem Verwertungsprozess zur freien Verfügung stehen. Es ist eine noch vollständigere Subsumtion der ArbeiterInnen unter das Kapital, als im Fordismus mit seiner Fließbandarbeit. Die strikte Trennung von Privat- und Erwerbssphäre wird auf diese Weise durchlässiger. So kann auch der Vaterschaftsurlaub zu einer strategischen Investition werden oder MitarbeiterInnenverantwortung dem Qualitätsmanagement dienen.

### *Subjekt oder Nichtsubjekt, das ist hier die Frage*

Charakteristisch für die Struktur der Subjektform ist wesentlich die Unterscheidung in StaatsbürgerIn und PrivatbürgerIn. Als StaatsbürgerIn hat das Subjekt Anteil an der Herrschaft, aber nur dadurch, dass es selber das Material dieser Herrschaft ist und eine einheitliche Qualität besitzt. Diese einheitliche Qualität besitzen die StaatsbürgerInnen durch ihre Unterwerfung unter denselben Souverän. Die Gesamtheit der StaatsbürgerInnen

bildet den Staat aber nur in Abstraktion von all den unterschiedlichen Situationen der konkreten Individuen. Die Gleichheit der StaatsbürgerInnen wird durch ihre Vergleichbarkeit als von jeder Besonderheit und Individualität befreite Subjekte, real wirksame Kategorie mit materieller Gewalt. Nur in dieser Abstraktion kann der Souverän die unterschiedlichen Personen erfassen. Sie gelten ihm nur als Verkörperung der Kategorie des Staatsbürgers, des Willens der Gesamtheit, den es zu vollstrecken gilt, wie der Gebrauchswert dem Warenverkäufer nur als Verkörperung des Werts erscheint, an dessen Vermehrung durch Verwertung interessiert ist. Der rechtstheoretisch unterstellte Wille der Gesamtheit bzw. der allgemeine Wille, ist dabei inhaltlich auf die individuelle Profitmaximierung bezogen. Deren gesamtgesellschaftliches Ergebnis ist die Vergrößerung der Wertmasse. Sowohl ihrer gesellschaftlichen Form und ihrer Konstitution als auch ihrem Inhalt nach, sind Wertform (die kapitalistische Produktionsweise) und Subjektform (politische Organisation) systematisch aufeinander bezogen. Inhalt der Vergleichbarkeit der Subjekte ist ihre umfassende und inhaltsleere Vergleichung als Besitzer von Waren durch den Wert. Verwertung als Sinn der Subjektform erweist sich so als subjektloser Prozess. Deshalb ist der moderne bürgerliche Staat mit seiner Subjektform auch nicht der Staat der (einzelnen) Kapitalisten, sondern der Staat des Kapitals als gesamtgesellschaftliches Verhältnis. Konstituiert durch die alltägliche strukturierte Praxis aller Gesellschaftsmitglieder erhält dieses Verhältnis einen dynamischen auf den subjektlosen Prozess der Verwertung angelegten Charakter. Die inhaltliche Bestimmung des Subjekts ist die Fähigkeit zum Vollzug von produktiver (abstrakter) Arbeit und die politische Loyalität.

Erst diese beiden Bestimmungen gestatten den vollwertigen und gleichberechtigten Eintritt in die Gemeinschaft der TrägerInnen von Menschenrechten. Zu diesem Kreis gehören nur solche Personen, deren Rechte und gleichberechtigte Partizipation von einem staatlichen Souverän garantiert wird. Dieser Eintritt wird dem rassistisch Diskriminierten verwehrt. Als „Minderwertiger“ wird er zum verkörperten Schicksal des Subjekts



in der Krise, das nicht mehr verwertet werden kann und so seinen Subjektstatus einbüßt. Dieser kommt dem Menschen aber nur durch seine Mitgliedschaft in der Kollektivität der StaatsbürgerInnen, die eine nationale ist, zu. Aber auch innerhalb eines solchen Staatsbürgerkollektivs kann es Abstufungen der Gleichberechtigung beispielsweise für MigrantInnen oder Kinder geben.

Gerade die beständige Vergleichbarkeit der Subjekte und die Drohung der Entwertung wecken den Wunsch nach einer weitergehenden Garantie des Subjektstatus. Um der Gefahr der potentiellen Entwertung zu begegnen bietet gerade der konservative Nationalismus vorbürgerliche Identitätsangebote für die nationalen StaatsbürgerInnen. Die Verbindung der ökonomischen, staatlichen und politischen Verhältnisse wird als objektivierter Ordnungsrahmen der bürgerlichen Gesellschaft durch das nationale Zugehörigkeitskriterium ergänzt. Durch die Anklage und Verfolgung des Abstrakten, Übernationalen wird der Angst des Subjekts innerhalb der nationalen Ordnung genüge getan. Letzteres ist das leitende Motiv des modernen Antisemitismus. Der „Jude“ erscheint in dieser Ideologie als wahnhaftige Personifikation der abstrakten Herrschaft des Werts und wird mit der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus identifiziert. Diese ideologische Figur funktioniert deshalb, weil die traditionellen antijüdischen Stereotype (Zersetzung, Wucher, Verschwörungen) der konservativen Kritik an der modernen kapitalistischen Gesellschaft und damit der Auflösung traditioneller Herrschaftsbeziehungen, Aufstieg des Geldes als Maß des gesellschaftlichen Reichtums und abstrakter Herrschaftsbeziehungen weitgehend deckungsgleich sind.

### *Krise des Kapitals heißt Krise des Subjekts*

In der Herausbildung der westlichen aufklärerischen Vernunft standen sich die Beschwörung der universellen menschlichen Vernunft (Menschheitsanspruch) und die beschworene Vernunftferne von Frauen und rassistisch Diskriminierten gegenüber. Im Aufkommen des Nationalismus im 19. Jahrhundert, der sich aus dem Fundus der Gegenauflklärung bediente, spitzt sich dieser Gegensatz zu einem äußeren Konflikt unterschiedlicher einander getrennter und bekämpfender Standpunkte zu. Im (völkischen) Nationalismus werden die vorher impliziten rassistischen und sexistischen Ausschlusskriterien der Gemeinschaft der Subjekte, als irrationale Basis der aufklärerischen Ratio zur völkischen Version der Subjektconstitution, die sich im 20. Jahrhundert zum durchaus attraktiven Krisenlösungsprojekt mauserte.

Weil Inhalt des Subjekts Arbeit und Verwertung sind, erklärt sich der Hass auf das „Faule“ und „Parasitäre“. Die heutigen Debatten über „Heuschrecken“, zu hohe Managergehälter und „Hartz IV-Abzocker“ haben vorgeführt, dass ein akzeptiertes Maß der Vergütung gesellschaftlich eingefordert und politisch artikuliert wird. Auf dass niemand materiell zu krass bevorteilt wird und der Druck, der dem Subjekt im Kapitalismus auferlegt und reproduziert wird, sich gleichmäßig ohne Ausnahmen (Arbeitslose usw.) auf die Gesellschaft verteilt. Durch die Verfolgung und Benennung der „Feinde“ gaukelt sich das Subjekt seine eigene Sicherheit vor. Die Feindbestimmung von Minderwertigem (Rassismus) und Überwertigem bzw. dem Antisubjekt (Antisemitismus) ist in der Konstitution des Subjekts angelegt und keine individuelle Erfindung. Allerdings werden die Diskriminierten im Rassismus im Idealfall effizienter ausgebeutet als die Nichtdiskriminierten. Die Tötung der rassistisch Diskriminierten wird erst durch Widerstand und Nichtverwertbarkeit nötig. Hingegen ist das Vernichtungsprojekt im modernen Antisemitismus Folge der Annahme, dass durch die Vernichtung „der Juden“ die gesellschaftlichen Missstände beseitigt werden können. Deshalb sollen sie nicht auf normale bzw. verschärfte kapitalistische Weise ausgebeutet, sondern vernichtet werden.

Auch 60 Jahre nach der Gründung der BRD kann nicht von einem vollständigen Absterben der alten Inhalte des (völkischen) Nationalismus gesprochen werden. In Zeiten ökonomischer und damit gesellschaftlicher Krisen wie momentan, gewinnen die ideologischen patriarchalen, rassistischen und antisemitischen Motive der Durchsetzungsgeschichte vielmehr wieder verstärkt an Bedeutung. Das Fortleben solcher Motive hat aber nichts mit tatsächlichen Eigenschaften beispielsweise von JüdInnen, sondern mit dem Fortwirken antisemitischer und rassistischer Denkweisen und Konstruktionsleistungen zu tun. Gäbe es keine JüdInnen müssten AntisemitInnen sie erfinden. Selbstverständlich kann aber nicht von der Verwandtschaft der Argumentationsmuster und

Ressentiments auf die Vergleichbarkeit der gesellschaftlichen Situationen geschlossen werden. Die heutigen Stellungen der Manager und Finanzinvestoren in der Gesellschaft sind keineswegs mit der Stellung der Juden in den 1920ern, 30ern und 40ern zu vergleichen. Die postfaschistische Gesellschaft ist nicht selbst bereits faschistisch. Die Unterschiede der heutigen BRD zum historischen Nationalsozialismus dürfen im Interesse einer zeitgemäßen und zielsicheren antinationalen kommunistischen Kritik nicht verwischt werden.

## *Conclusion ...*

Unter den aktuellen Bedingungen der gesellschaftlichen Krise ist die Kritik der wiedererstarkenden nationalistischen, rassistischen, sexistischen und antisemitischen Ideologien eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe für die Linke. Eine solche antinationale Ideologiekritik ist aber immer auf eine entsprechende politische Praxis angewiesen, die sich gesellschaftlich einmischt. „Politik“ ist auch für eine staatskritische Linke die Form kritischer Intervention in gesellschaftliche Verhältnisse. Es gilt dabei stets das Verhältnis der eigenen Politik zum gesellschaftlichen und insbesondere politischen Gesamtverhältnis (Formzusammenhang) zu thematisieren. Zur Abgrenzung vom parlamentarischen politischen Geschäft kann auch von Antipolitik gesprochen werden. Reine Aufklärungs- und Theoriearbeit bleibt auf sich selbst zurückgeworfen. Die Gegenwehr gegen die alltäglichen kapitalistischen Zumutungen und Zwänge, sowie gegen die nationalen Zurichtungen und Mobilisierungen kann nur über gesellschaftliche und damit soziale Praxis erfolgen. Diese Praxis ist immer auch widersprüchlich, weil

sie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stattfindet und deshalb an ihren Bezugsrahmen gebunden bleibt. Langfristig muss eine solche Praxis die falsche Freiheit und Gleichheit selber aufs Korn nehmen. Eine solche transzendierende – das falsche Ganze aufhebende – Praxis muss einerseits die kapitalistische Struktur vorgebende Rationalität und gesellschaftlichen Zwänge als solche aufdecken und kritisieren, andererseits muss sie diese gesellschaftlich praktisch überwinden. Diese gesellschaftliche Bewegung die den kapitalistischen Jetztzustand aufhebt ist der Kommunismus, der noch nicht auf der Tagesordnung steht.

Unter den momentanen nicht-revolutionären Bedingungen bleibt die Verbindung grundsätzlicher Gesellschaftskritik mit den sozialen Verteidigungspraktiken eine vornehmliche Aufgabe. So wenig soziale Praxis an sich schon auf eine Aufhebung des Kapitalismus zielt, so sehr bleibt Kritik, die sich nicht gesellschaftlich verbreitern will, vornehmlich individuelles Vergnügen oder bürgerliche Wissenschaft.



Die Mobilisierung gegen Anlässe wie den 60. Geburtstag der BRD wendet sich gegen das nationale Zurichtungs- und Mobilisierungsprojekt für deutsches Kapital und Staat und formuliert eine Kritik an diesen Verhältnissen. Bei diesen Festlichkeiten werden ideell die herrschende Unfreiheit, Ausbeutung und Ungleichheit faktisch verschärft, indem der Jetzzustand als bestmöglicher in der Geschichte gefeiert wird. Linke Gegenwehr hat dabei nach den Folgen für die Betroffenen zu fragen. Mit dem Begriff der Subversion wird linke Praxis bezeichnet, die sich gegen die kapitalistische Ausbeutung und nationalstaatlich verfasste Herrschaft wendet und die Perspektive der freien Selbstentfaltung der Menschen jenseits von materiellen Nöten in den Blick nimmt. Mit den Mitteln der bürgerlichen Gesellschaft soll dabei kommunistische Kritik verbreitert werden und dient als Form bzw. als Möglichkeit der Subversion. Die Subversion ist eine mögliche politische Form in nichtrevolutionären Zeiten für KommunistInnen tätig zu werden. Sie richtet sich gegen die herrschende Ordnung und Unterdrückung und meldet gegen diese Widerspruch an.

Die Subversion ist von solchen Praktiken abzugrenzen, die die noch „bessere“, härtere Unterwerfung unter die gesellschaftlichen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse anstreben bzw. die apersonale Herrschaft im Kapitalismus durch eine persönlichere ersetzen wollen. Solche reaktionären Bewegungen hat Marx einmal die „Revolte(n) für die Sklaverei“ bezeichnet.

Der subversive Charakter linker Aktionsformen oder gar der Beginn einer kommunistischen Aufhebungsbewegung kann sich mit Sicherheit historisch erst im Nachhinein zeigen. Die gewählten Aktions- und (Anti-)Politikformen sind ebenso wie ihre gesellschaftlichen Auswirkungen stets zu hinterfragen, zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern. Die Form solch subversiver Praxis ist dabei ebenso wenig beschränkt wie die angemessenen gesellschaftlichen Bereiche für solche Aktionen. Denn wenn es keinen gesellschaftlichen Ort gibt, der an sich gänzlich unabhängig von Staat und Kapital wäre, so gibt es auch an sich keinen falschen Ort für den Widerstand gegen beide und die entsprechenden ideologischen Ausprägungen.

***STAAT.***

***NATION.***

***KAPITAL.***

***SCHEISSE!***

***Gegen die Herrschaft der falschen Freiheit und Gleichheit!***

***FÜR DEN KOMMUNISMUS!***

## Termine:

19. Mai 2009 | 20 Uhr | Theaterkeller | Geismarlandstraße 19 | Göttingen  
**„Wer braucht schon Ideologie? –  
Einführung in einen oft benutzten aber nur selten verstandenen Begriff“**  
Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Heinz Gess  
(u.a. Hrsg. von [www.kritiknetz.de](http://www.kritiknetz.de) und Dozent an der FH Bielefeld)
23. Mai 2009 | 18 Uhr | Rosa-Luxemburg-Platz | Berlin  
**Etwas Besseres als die Nation! Gegen die Herrschaft der falschen Freiheit!**  
Bundesweite Demonstration im Rahmen der ... ums Ganze!-Kampagne  
Mehr Infos dazu demnächst unter: <http://www.einheit-und-freiheit.de>
27. Mai 2009 | 20 Uhr | DGB-Haus | Obere Masch 10 | Göttingen  
**Die freieste Versuchung seit es Deutschland gibt?**  
Diskussionsveranstaltung mit Thomas Ebermann (u.a. Autor in Konkret)
3. Juni 2009 | 20 Uhr | DGB-Haus | Obere Masch 10 | Göttingen  
**Das Subjekt in der Krise. „Das macht was mit Dir und mir“**  
Diskussionsveranstaltung mit Justin Monday (u.a. Autor in Phase 2)

## Das Buch zur Krise

Das linksradikale »... ums Ganze!«-Bündnis präsentiert:  
„STAAT, >WELTMARKT< UND DIE HERRSCHAFT DER FALSCHEN FREIHEIT  
– Erster Teil der Grundlagendiskussion  
zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs.“

Die Broschüre erscheint Anfang Mai und ist über das Bestellformular unter  
[www.umsganze.de](http://www.umsganze.de) zu beziehen.

Sonderseite zur Kampagne:  
[www.einheit-und-freiheit.de](http://www.einheit-und-freiheit.de)

